

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Frith Kummer  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16  
Fernsprecher S.-U. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Arbeitslosigkeit und Außenhandel

Wie den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung bereits kürzlich mitgeteilt wurde, ist auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Monaten nun doch eine gewisse Besserung eingetreten. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat seit dem 1. Juli wie folgt abgenommen:

1. Juli	1741000
15. August	1604000
1. September	1549000
15. September	1484000

Vergleicht man die letzte Zahl vom 15. September mit dem höchsten überhaupt erreichten Stand — 2056000 im März — so ist dies ein Rückgang um 572000 oder fast 28 Prozent. Freilich darf man nicht vergessen, daß beidemal diejenigen nicht mitgerechnet sind, die keine Unterstützung bekommen. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist also größer. Und da anzunehmen ist, daß es heute mehr Ausgesteuerte gibt als im März, so wird der tatsächliche Rückgang etwas kleiner sein. Aber wenn er auch nur 25 oder selbst nur 20 Prozent betragen sollte, so sind wir doch die letzten, die verkennen wollten, daß auch das eine Besserung ist, namentlich wenn es gelungen sein sollte, ein paar hunderttausend Arbeitslose in dauernde Beschäftigung zu bringen.

Aber freilich, unsere Freunde schrumpfen arg zusammen, wenn wir die Zahlen des vorigen Jahres danebenhalten. Im September 1925 brauchten nur 231000 Personen von der Erwerbslosenunterstützung zu leben. Heute sind es trotz aller Besserung immer noch 6 1/2 mal so viel; die Abnahme seit März beträgt keine 30 Prozent, die Zunahme seit vorigem Jahr aber 550 Prozent. Und dabei ist noch die Zunahme der Kurzarbeiter nicht berücksichtigt, die sich ja mit ihrem beschränkten Einkommen ebenfalls kaum besserstellen als die Arbeitslosen. Trotz aller Besserung der letzten paar Monate bleibt also doch eine grauenhafte Verschlechterung der Gesamtlage für die Arbeiter übrig. Und dies, obgleich wir nun schon seit geraumer Zeit in den Bedingungen fortwährend von einer Besserung der Geschäftslage — der sogenannten Konjunktur — lesen. Um nur ein paar Beispiele zu nennen, so sind die Aktienkurse ununterbrochen gestiegen. Der Durchschnittskurs betrug:

	Bergbau und Schwerindustrie	Verarbeitende Industrie	Ganzen und Verkehr	Gesamt
Durchschnitt 1925	102.06	89.11	82.80	89.43
August 1926	127.58	114.—	118.20	117.54

Die Einnahmen der Bahn aus dem Güterverkehr betrugen im März 213, im Juli 239 Millionen Mark. Der Abrechnungsbericht der Reichsbank stieg von 441 Millionen Mark im März (1925 im Februar) auf 490 im Juli, beinahe 4800 im August. Überall regere Nachfrage, stärkere Warenumsätze, die auch ohne Hörgern die Preise steigerten. Der Großhandelsindex stand im März auf 118, im August auf 127; der Lebenshaltungsindeks lag in denselben Monaten von 139 auf 143.

Keine Frage, daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit mit dieser Besserung der Geschäftslage im Zusammenhang stand. Aber in welchem Verhältnis! Vor dem Kriege hätte ein derartiger Aufstieg zweifellos die Arbeitslosen bis auf einen kleinen Rest aufgesaugt. Heute dagegen!

Ein besonders deutliches Zeichen dafür ist die Gestaltung des Außenhandels. Nicht erst seit heute und gestern, sondern seit mehreren Jahren schon ist die deutsche Ausfuhr in ununterbrochenem Steigen begriffen. Umgerechnet auf die Vorkriegsperiode betrug sie:

Januar/August	1924	1925	1926	Millionen Mark den Monat
	360	465	610	

Das bedeutet zweifellos eine beständig gewachsene Arbeitsleistung, namentlich von 1925 auf 1926. Dasselbe ergibt sich, wenn man die Ausfuhr der einzelnen Produktionszweige untersucht. Wir wollen uns dabei auf die Eisenindustrie beschränken, um den Leser nicht durch ein Uebermaß von Zahlen zu ermüden. Es wurden ausgeführt (zu Gegenwartspreisen):

Januar/August	1925	1926	Millionen Mark
Eisenwaren	789	915	
Maschinen	396	484	

Nicht nur die Ausfuhr an sich erforderte eine größere Arbeitsleistung, sondern die mehr ausgeführten Waren müssen auch mehr produziert worden sein. Wie aber steht es um die Arbeitslosigkeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband? Von 10000 Mitgliedern waren

	Arbeitslos		Kurzarbeiter	
	1925	1926	1925	1926
Mai	350	2060	358	2540
Juni	311	2150	380	2710
Juli	346	2170	462	2620
August	434	2090	624	2400

Es könnte die Wucht dieser Zahlen nur abschwächen, wollten wir darüber noch viel Worte machen. Vermehrte Leistung in Produktion und Handel — und folglich erhöhte Profite für das Kapital — mit sehr viel weniger Arbeitskräften! Es ist schon wie die „Gewerkschaftszeitung“ am 25. September schrieb: die Segnungen der Rationalisierung sind bis jetzt einzig und allein den Unternehmern in Produktion und Handel in Gestalt ihrer Profite zuteil geworden. . . Der Sinn aller technischen Erfindungen, besonders aber der Sinn der Rationalisierung liegt doch eine allgemeine Wohlstandsteigerung sein. Das Gegenteil ist bis jetzt in Deutschland der Fall.“

### Fünftägige Arbeitswoche bei Ford

Die Londoner Daily News bringt am 27. September eine Mitteilung ihres New Yorker Vertreters, daß Ford die Einführung der fünftägigen Arbeitswoche unter Weiterzahlung des Lohnes für sechs Tage ankündigt. Die Neuerung gelte für alle Teile des Maschinenunternehmens, ausgenommen seien vorderhand nur die Eisenbahner und Fabrikwärter. Es würden somit 217000 Leute in 50 Betrieben von der Arbeitszeitverkürzung betroffen. Der Achtstundentag bleibe in Kraft ohne Überstunden. Es sei allerdings, wie Ford erklärte, unwirtschaftlich, wenn eine teure Maschine zwei Drittel des Tages unbenutzt bleibe, aber ein 24stündiger Arbeitstag sei gleichfalls unwirtschaftlich, weil die menschliche Arbeitskraft um Mitternacht herum nachlasse.

In der Ankündigung Fords heißt es nach dem Londoner Blatt weiter:

„Die letzten drei oder vier Jahre sind wir auf die fünftägige Arbeitswoche zugestiegen, das Land ist darauf vorbereitet und sie wird in der ganzen Industrie durchdringen. Erhöhte Freizeit heißt erhöhte Nachfrage nach Waren. Die Enthaltung (vom Genuß bezauschender Getränke) oder das Alkoholverbot hat es den Arbeitern und ihren Familien möglich gemacht, sich ihrer Freizeit wirklich zu erfreuen. Das Geschäftsleben wird gefördert werden, weil die Menschen in ihrer Freizeit mehr verbrauchen als in ihrer Arbeitszeit. Der Achtstundentag öffnete den Weg zur geschäftlichen Blüte (prosperity), die fünftägige Arbeitswoche wird den Weg zu noch größerer Geschäftsbüthe öffnen. Die Leute, die den Großteil der Waren verbrauchen, sind diejenigen, die sie erzeugen. Das ist eine Tatsache, die wir nie vergessen dürfen.“

Mit der fünftägigen Arbeitswoche stellt Ford der amerikanischen Industriellenwelt ein neues Problem. Sie war früher schon von seiner Art. Erhöhung des Tagelohnes von 2,50 auf 5 und auf 6 Dollar höchst unangenehm berührt, weil sie dadurch gezwungen war, gleichfalls zu folgen. Lange hat indessen die Widerstand nicht gewagt, da man herausfand, daß die Lohnerhöhung mehr einbrachte, als sie kostete, weil sie Hunderttausende neue oder leistungsfähigere Verbraucher schuf. So wird der erst verpöblichste Ford zu einem Gegenstand der allgemeinen Bewunderung. Jetzt wird ein großer Teil der Industriellen abermals folgen müssen und auch dies wird, wie wir voraussetzen und hoffen, zum Vorteil gereichen.

Eine andere Frage ist, warum Ford jetzt mit der Neuerung beginnt. In Industriellenteilen Nordamerikas meint man, er sei nicht mehr imstande, seine riesige Belegschaft noch sechs Tage zu beschäftigen. Während der Absatz seiner drei hauptsächlichsten Wettbewerber, Chevrolet, Dodge und Essex, um 41 vH in die Höhe gegangen sei, wäre der der Fordwagen mächtig zurückgegangen. Dank der besseren Fahrstraßen, der Ratenzahlung und vor allem dank der fixen Lohnsteigerung, die Ford in hohem Grade zuzuschreiben sei, hätten die besten und etwas teureren Wagen zunehmenden Absatz gefunden, während die Fords immer mehr das Gefährte der ärmeren oder minder entlohnten Leute werde.

Diese Umstände aber stärken auch die Meinung, daß die Herabsetzung der 48stündigen Arbeitszeit auf 40 Stunden bei gleichbleibendem Lohne nur die eine Seite der Fordschen Neuerung sei. Sie werde durch Herabsetzung der Preise vervollständigt werden. Denn durch beides, durch Herabsetzung der Arbeitszeit mit Lohnsenkung und Preisreduzierung habe der „Königmeister der Industrie“ bisher seine Absatzstagnation überwunden. Und folglich glaubt man, er werde sein erprobtes Heilmittel auch diesmal selbst auf Kosten des Gewinnes anwenden, das heißt, einen Teil seiner Milliarden den Arbeitern und Verbrauchern darbringen. Denn einen, um ihre Kaufkraft zu steigern, den andern, um sie zur Anschaffung von Fordwagen zu reizen. Das würde zur Folge haben, daß auch seine Wettbewerber mit den Preisen und natürlich auch mit der Kürzung der Arbeitszeit herunter müßten. Das ist in kurzen Umrissen das Problem, das Ford mit seiner Neuerung der amerikanischen Industrie stellt.

Dem obigen kann man noch folgendes hinzufügen: Auf die Neuerung müßte man seit einiger Zeit gefaßt sein. Zum ersten, weil die Versuche mit der fünftägigen Arbeitszeit in einigen Fordschen Abteilungen günstig verliefen, zum andern, weil verschiedene Gewerbe, wo die Gewerkschaften stark sind, zur fünftägigen Arbeitswoche übergegangen sind oder im Begriffe stehen, es zu tun. Ford muß, will er seine Betriebsweise, die wir hier eine patriarchalische genannt haben, unbedroht, ungehindert erhalten, den gewerkschaftlichen Forderungen bezüglich der Arbeitszeit und der Bezahlung immer einen Schritt voraus bleiben. Tut er das nicht, läuft er Gefahr, daß ihm die unerlässlichen hochgeschulten Leute den Rücken kehren und daß sich in seinem Betriebe die Gewerkschaft einnistet. Dadurch aber, daß er mit den Arbeitsbedingungen an der Spitze marschiert, sehen sich seine gelehrten Leute veranlaßt, bei ihm auszuharren, und der Masse der Belegschaft kann eher verständlich gemacht werden, daß für sie die Gewerkschaft keinen Zweck habe, weil sie ja ohne sie mehr verdienen.

Dazu kommt freilich noch, wie schon angedeutet, daß die durch Ford unumstößlich gemachte Wahrheit, daß hoher Lohn mit kurzer Arbeitszeit dem Geschäft schließlich mehr nützt, als den Arbeitern selbst, weil sie ja erst dank der besseren Entlohnung und kürzeren Arbeitszeit insstand gesetzt sind, mehr zu kaufen und das Getaufte zu verbrauchen. Welch letzteres insbesondere bei Automobilen zutrifft. Denn wenn die Arbeiter jede Woche anstatt einen zwei aufeinanderfolgende Tage Freizeit haben, können sie mit ihren Kraftwagen größere Ausflüge machen. Sie kommen also länger aus der ratenenden und rauchigen Umgebung der Fabriken heraus, was ihrer Gesundheit förderlich ist, und sie nutzen die Wagen schneller ab, was dem Absatz, dem Fordschen Geschäft mehr zu Buch schlägt.

Doch was immer die Beweggründe seiner Neuerung sein mögen, wir begrüßen sie nachdrücklich und wünschen, daß sie sich auf die ganze Industrie ausdehne, auch auf die Deutschlands, wo noch ein des kapitalistischen Pferdeverstandes bares Unternehmertum kein anderes Mittel zur Mehrung der Geschäftsbüthe weiß, als Lohnquetterei und Arbeitszeitverlängerung.

### Gewerkschaften und Krieg

Auf unserm Verbandsstage in Bremen wurde auch eine Entschliebung gegen den Krieg angenommen. In der Entschliebung heißt es mit Recht, der Krieg könne nur durch die Macht der geschlossenen internationalen Arbeiterklasse verhindert werden, die Forderung einer wirklichen internationalen Einheit aller Gewerkschaften sei das Gebot der Stunde. Der Verbandsstag verpflichtet daher alle Mitglieder, Funktionäre und führende Verbandsstellen, in diesem Sinne tätig zu sein. Die gleiche Mahnung wird an alle Gewerkschaftsorganisationen der Welt gerichtet.

Sehr gut gesagt! Aber mit Entschliebungen verhindert man keine Kriege! Trotz aller Entschliebungen, Konferenzen und schönen Reden auf den Antikriegstagen werden ständig mehr Kriegskähne gebaut, eher mehr als weniger Soldaten gedrillt, der Geist der Volksmassen durch nationalistiche Phrasen beaufschlagt und veräußert.

In der oben angeführten Entschliebung wird mit Recht darauf verwiesen, daß mit dem Tage des Kriegsausbruchs, dem 4. August 1914, auch die alte Arbeiterinternationale zerfiel. Warum zerfiel sie? Weil den Worten nicht die Tat folgte!

Die älteren Kollegen werden sich noch erinnern, daß in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1914 in allen Städten Deutschlands Versammlungen gegen den drohenden Krieg stattfanden. In diesen überfüllten Versammlungen wurden Entschliebungen im Sinne des bekannten Aufrufs des sozialdemokratischen Parteivorstandes angenommen. Der Aufruf des Parteivorstandes lag dahin aus, daß kein Tropfen deutschen Blutes für die imperialistische Profitgier der österreichischen Gewaltthäter fließen dürfe. Dieser Aufruf des Parteivorstandes erging am 25. Juli 1914. Am 4. August bewilligte die Partei die geforderten Kriegskredite!

Eine Tat wäre es gewesen, wenn die Partei, in Verfolg ihres Aufrufs, die Massen aufgefordert hätte, nicht zu marschieren. So war es nur ein Verleugnen des eigenen Aufrufs, ein glattes Versagen in der Stunde der Entscheidung und der höchsten Not.

Dieser kleine geschichtliche Ausflug soll nicht dazu dienen, gewissen überhabiliten Leuten der Arbeiterklasse, die damals am lauten Hurra geschrien haben und heute alle Schuld auf andere schieben, einen Anlaß zum Frohlocken zu geben. Auch nicht denen, die während der Jahre des Massenmarchs und des Straßentüters geschrien und den Krieg tausendfach verflucht haben und die dennoch heute, weil sie nichts gelernt und alles vergessen haben, nichts Erpriechlicheres zu tun wissen, als ihre Fingern rechtsgerichtet, militärischen Organisationen zuzuführen, wo sie planmäßig und vorbedacht zu einem neuen Massenmarch beaufschlagt werden. Zweck dieser Zeilen soll sein, die begangenen Fehler aufzuzeigen und auf andere Wege zu drängen. Wege in dem Sinne, den Worten die Tat folgen zu lassen. Wer etwas sagt oder schreibt, was nicht seine innerste Überzeugung ist, der soll lieber beides sein lassen.

Welche Wege sind nun zu beschreiten, um einer Wiederholung jener Vorarbeiten von 1914 vorzubeugen? Die in den vielen Entschliebungen gegen den Krieg geforderte „Massenfront“ schaffen?

Schon. Aber bis diese Massenfront geschaffen, kann der Krieg wieder da sein. Und auch mit der Massenfront ist der Krieg nicht unmöglich, wie die Vorgänge von 1914 beweisen. Wie schon oben ausgeführt, werden heute, trotz aller schönen Worte, mehr Mittel für Kriegsvorbereitungen verpulvert als ehedem. Entschliebungen, Konferenzen, Zeitungsartikel und Antikriegstage sind Feinschlacken, über die die Imperialisten und Militaristen nirgendwo stolpern werden. Worauf es ankommt ist, daß die Arbeiterinternationale gewillt ist, ihre Machtmittel in Anwendung zu bringen, daß sie bereit ist zur Tat!

Soweit die politische Vertretung der Arbeiterklasse in Frage kommt, so hätte diese in allen Parlamenten nach dem Grundsatze zu handeln: Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen! Dem Kriege: Nie wieder Krieg, kann nicht nachdrücklicher verlihen werden, daß man am Militärat einige schamhafte Absätze vornimmt, sondern die Arbeiterparteien habe alle Forderungen für Meer und Marine abzulehnen. Der Einwand, daß doch durch die Ausgaben für die Rüstungsindustrie für nicht unerhebliche Teile der Arbeiterklasse Lohn und Brot geschafft werde, ist unzählige Male widerlegt worden. Die für Kriegszwecke verausgabten riesigen Summen sind zweckmäßiger für Kulturarbeiten zu verwenden. Wenn auch bei der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Arbeitervertreter ihrem Feind vorläufig der Erfolg versagt ist, so machen sie sich wenigstens nicht mitschuldig am Bestreben der Kugelhüter des Krieges, an dem vergossenen Blut, an den zerbrochenen und vergasteten Leibern der Stämme des Volkes. Der tiefere Sinn des Bänderbundes ist doch der, Streitigkeiten zwischen Staaten oder Staatengruppen auf schiedsgerichtliche Weise zu erledigen. Diesem Bestreben wird am besten dadurch gebient, daß wenigstens die Arbeiterparteien zu ihrem Teil dazu beitragen, die Forderungen für Seereszwecke rücksichtslos abzulehnen. Weiter hätten die Arbeiterparteien in allen Parlamenten den Regierungen und den Kugelhütern des Krieges bei jeder Gelegenheit klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie im Falle einer tatsächlichen Kriegsdrohung das Volk anrufen, aus der der Militarismus schöpft, zu verstopfen, indem sie alle auffordern würden, nicht zu marschieren. In dieser Hinsicht müßten die Arbeiterwähler ihren Vertretern scharf auf die Finger setzen. Vertreter, die nicht gewillt sind, den Militarismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, haben das Recht verweigert, Arbeitervertreter zu sein.

Aber auch die Gewerkschaften sind nicht zuletzt berufen, ihr Teil zur Verhinderung des Krieges beizutragen. Nicht dänisch, es gehöre dieses zu ihren vornehmsten Aufgaben. Mit Entschliebungen und Beratungen unserer Führer ist es natürlich auch hier nicht getan. Es gilt eine klare Einstellung der Gewerkschaftspolitik auf außenpolitische Gedankengänge herauszustellen, weil hierdurch auch die Innenpolitik der Staaten in steigendem Maße beeinflusst wird. Nicht Entschliebungen, sondern Taten! Es müssen bindende Abmachungen dahingehend getroffen werden, im Falle von Kriegserklärungen mit der sofortigen Arbeitsniederlegung der in Betracht kommenden Industriegruppen zu antworten. Besonders die internationalen Berufssekretariate müßten dieser Seite der internationalen Geschlossenheit ihr schärfstes Augenmerk zuwenden, um im gegebenen Fall rüd-



# Warnung vor Werkspensionstassen

Das Trauerspiel bei Krupp

Im Jahre 1888 gliederte die Firma Friedrich Krupp der schon bestehenden Kranken- und Sterbefälle eine Pensionskasse an, die als Teil der ganzen Einrichtung solange bestand, bis die Errichtung dieser beiden Versicherungsanstalten durch das Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 notwendig wurde. Das neue Pensionsstassenstatut wurde am 28. Oktober 1884 von der damaligen Regierung genehmigt. Bis Ende des Jahres 1923 waren alle auf den Essener Werken beschäftigten männlichen Personen, soweit ihr Jahresarbeitsverdienst 4000 M nicht überstieg, verpflichtet, der Kasse beizutreten. Nur unter dieser Bedingung konnte ein Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die Beiträge wurden je zur Hälfte von der Firma und den Arbeitern getragen. Vor dem Kriege betrug der Beitragteil eines Arbeiters ungefähr 50 M im Jahr. Die Pensionsberechtigung trat ein bis zum Jahre 1913 nach 20, von 1913 bis 1922 nach 15, zuletzt nach 10-jähriger Dienstzeit. Nach Einholung von zwei ärztlichen Gutachten entschied der Vorstand darüber, ob vollständige Arbeitsunfähigkeit vorlag. Erst bei Zurücklegung von 40 Dienstjahren oder nach Vollendung des 65. Lebensjahres konnte der Arbeiter seine Pensionierung ohne Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand verlangen.

Der Vorstand der Kasse wurde zur Hälfte von den Arbeitern, zur anderen Hälfte von der Firma gestellt. Bis zum Jahre 1922 gab bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag. Dieser Vorsitzende wurde laut Satzung von der Firma ernannt. Daburch waren die Arbeitervertreter im Vorstand immer zur Ohnmacht verurteilt. Erst seit 1922 - oft bei Stimmengleichheit - ein Antrag als abgelehnt. Ihrer rechtlich, a Natur nach war die Kasse ein kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 des Reichsgesetzes über private Versicherungen vom 12. Mai 1901.

Es hat in Arbeiterkreisen an Widerspruch gegen diese Zustände nicht gefehlt. Bei den Gewerbetagungen wurde häufig die Wiederaufzahlung der Beiträge gefordert, aber mit einer Ausnahme (Friedrichshagen) stets ohne Erfolg. Im Jahre 1908 haben eine Anzahl entlassener Krupp'scher Arbeiter auf Veranlassung des freien und christlichen Metallarbeiter-Verbandes einen Prozeß gegen die Werkspensionstasse angehängt, der bis an das Reichsgericht ging. Ganz besonders der Zwang zur Mitgliedschaft wurde von den Klägern als Verstoß gegen die guten Sitten gebrandmarkt. Aber auch das Reichsgericht lehnte die Klage ab mit der Begründung, daß keiner gezwungen sei, bei Krupp in Arbeit zu treten.

Nach dem Kriege nahm die Werksleistung jedoch einen völlig entgegengekehrten Standpunkt ein. Ihr ganzes Verhalten läuft darauf hinaus, den Arbeitern ihren Rechtsanspruch durch Auflösung der Kasse aus der Hand zu wenden. Am Schlusse des letzten Friedensjahres 1913 war das Vermögen der Kasse auf 28.853.000 M angesetzt. Das Geld war nach den Vorschriften des Reichsgesetzes in minderschweren Papieren angelegt. In den Jahren der Inflation ist dieses Vermögen bis auf 270.000 bis 280.000 M verloren gegangen. Einen Schuldigen zu suchen wäre zwecklos. Einen Ersatzpflichtigen gibt es nicht. Die Firma Krupp ist juristisch nicht zu fassen, die moralische Pflicht hier nicht erwähnt werden. Man würde sagen, die fast 29 Millionen Goldmark sind zugunsten des Reiches verloren gegangen und das Reich müsse für Entschädigung herangezogen werden. Aber alle Vorstellungen bei den Ministern sowohl wie bei den Reichs-Verwaltungsorganen sind bis jetzt ungehört verhallt.

Am Schlusse des Jahres 1923 wurde die Kasse auf Verlangen der Firma Krupp geschlossen. Beiträge werden nicht mehr erhoben und Neuaufnahmen finden nicht mehr statt. Am 1. Juli 1926 waren 3436 dauernd Pensionierte und 2839 pensionierte Witwen vorhanden. Die Firma erledigt sich ihrer Pflicht den Pensionierten gegenüber in der Weise, daß sie ihnen 17% des rechtmäßigen Betrages aus der Geschäftskasse zahlt, was das noch mit dem Vorbehalt, solange sie die Mittel dazu aufbringen kann.

Als am 31. Dezember 1923 die Kasse auf Verlangen der Firma geschlossen wurde, waren insgesamt 20.622 Mitglieder vorhanden, die eine mehr als zehnjährige Dienstzeit zu verzeichnen hatten. Davon hatten 15.431 mehr als 15 und 10.651 mehr als zwanzig Jahre bei Krupp gearbeitet. Alle diese Arbeiter sind nun durch die Geldentwertung und durch das Verhalten der Firma Krupp um ihre Pensionsberechtigung betrogen. Ausdrücklich soll betont sein: a u d durch das Verhalten der Firma. Angehörig kann sich die Firma nicht auf Wohlthat nicht mehr leisten. In Wirklichkeit hat sie festgelegt, daß durch eine so aufgesetzte Werkspensionstasse der Arbeiter-Kamm überaltert. Deshalb heißt es jetzt: fort mit der Werkspensionstasse, der Bestand der Kasse für leitende Beamte ist dann um so mehr gefährdet!

Gegen dieses Verhalten der Firma sind die Arbeiter völlig machtlos. Es ist hier wieder einmal das eingetroffen, was wir als unbedingte Gegner solcher Werkspensionstassen vorausgesetzt haben: die Arbeiter mußten von ihren inneren verhassten Großden in die Kasse zahlen. Wenn sie entlassen wurden, erhielten sie ihr Geld nicht zurück. Ihr Einzug auf die Verwertung der Kasse war nun durch die Geldentwertung gleich Null. Um das eingezahlte Geld nicht zu verlieren und um davon doch wenigstens am Lebensabend einen Vorteil zu haben, suchten sich die Arbeiter, solange sie die Kasse noch nicht verlassen hatten, die Rechte als Mitglieder und Bürger - was der Firma goldig zu Buche kam. Und nun, nachdem sie ein solches Leben geführt, sehen sie sich um ihre Hoffnungen betrogen. Jarrisch ist gegen die Firma nichts zu machen, aber ihre zügellose Pflicht gegen ihre pensionsberechtigten Leute bleibt unklar und ohne Befehl. Dann ist auch der Staat nicht frei von Schuld. Er hat diese Kasse zugelassen. Durch die Nachprüfung seiner Gerichte wurden die Arbeiter an die Firma gelehrt. Er hat deshalb dafür zu sorgen, daß der Arbeiter Recht wird. Jünglingsamtend alle Arbeiter sehen der einen trostlosen Lebensabend. Es ist der Reichsregierung verdammt Pflicht und Schuldigkeit, die Firma zur Einstellung ihrer Obliegenheit anzuhalten. Weiter hat die Regierung Nachsicht zu lassen, daß sich ein solches Unrecht nicht anders wiederholt. Wenn die Regierung keinen Nach- oder keine Möglichkeit zum Eingreifen finden sollte, dann ist es Sache der Arbeitervertreter, ihr den Weg zu zeigen.

Carl Steinlopp.

## Kürzere Arbeitszeit und mehr Lohn!

Eines der wichtigsten Dinge, die die Gewerkschaften beschäftigen, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Stehen doch heute Millionen Arbeiterkämpfer gegen die Werkspensionstassen. Eine Kampagne über die Ursachen der ungenügenden Arbeitszeit ist nötig, da dieses Problem des Arbeiters in der ganzen Welt sich geltend macht. Als Arbeiter und Beschäftigter der Gewerkschaft haben die Gewerkschaften die Aufgabe, Mittel und Wege vorzuschlagen, wie der Arbeiter die Arbeitszeit zu kürzen und ihren Lohn zu erhöhen. Dieses ist auch der Zweck auf der Tagesordnung des Bundeskongresses des DGB in Düsseldorf.

Wenn auch das Arbeitszeitgesetz der Reichsregierung gegen die Werkspensionstassen keine Wirkung hat, so muß doch gesagt werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit viel zu lange auf sich warten läßt. Man kommt aus den engen Grenzen der Arbeitszeit nicht heraus. Schon jetzt ist die Verkürzung der Arbeitszeit eine politische Forderung und eine soziale Pflicht. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, aber die ungenügende Arbeitszeit ist ein Problem, das bei Krupp seine eigene Lösung sucht. Man muß sich nicht wundern, wenn die Arbeiter nicht mehr zu werden.

Genügt es bei dem ungenügenden Lohn der Arbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, so muß doch gesagt werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ein Problem ist, das bei Krupp seine eigene Lösung sucht. Man muß sich nicht wundern, wenn die Arbeiter nicht mehr zu werden.

Die Gewerkschaften müssen sich nicht wundern, wenn die Arbeiter nicht mehr zu werden.

stellen. Es kommt vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus darauf an, der Ursache der Arbeitslosigkeit zu begegnen, mit einem Wort nichts unberührt zu lassen, die Arbeitslosen möglichst wieder in regelmäßige Beschäftigung zu bringen. Diese Möglichkeit ist aber nur dann allmählich gegeben, wenn die Arbeitszeit entsprechend dem technischen Fortschritt allgemein verkürzt wird, wenn erforderlich, auch unter acht Stunden. Diese Forderung muß vom gewerkschaftlichen Standpunkt immer wieder in den Vordergrund gestellt werden. Unsere „genialen Wirtschaftsführer“ werden dem natürlich entgegenhalten, diese Forderung sei undurchführbar, weil dadurch die Arbeit ertraglos werde. Dem ist entgegenzuhalten, daß doch auch die Unterhaltungen, die den Arbeitern gezahlt werden, von der Wirtschaft ausbezahlt werden müssen. Die Arbeiter haben ein Recht auf Arbeit, um ihren Unterhalt zu fristen. Uns ist nicht damit gebüht, daß es der „Wirtschaft“, das heißt dem Unternehmertum gut geht, auch wir als Arbeiter haben ein Anrecht auf Leben.

Zu den Forderungen, die nach Ansicht jedes einsichtigen Gewerkschafters ins Vorderfeld zu stellen sind, gehört die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Arbeitslosen in den Produktionsgang einzufügen. Und bis zur Erfüllung dieser Forderungen auskömmliche Unterstützung. Diese Forderungen werden sich selbst nicht kampflös verwirklichen lassen, doch sie gehören zu den ursprünglichen Aufgaben der Gewerkschaften. Diese Forderungen mehr als bisher in den Vordergrund gerückt, würde das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerkschaften meines Erachtens sehr stärken.

Neben diesen Forderungen gilt es auch, den inneren Markt zu stärken durch angemessene Entlohnung, um der Massenverzeugung auch einen Massenabsatz zu sichern. Woher soll sonst die Kaufkraft kommen für die Massenverzeugnisse, wenn das Einkommen der weitestgehenden Verbraucherschicht der Arbeiter, seit dem Herbst 1925 um mindestens 4 Milliarden Mark vermindert worden ist. Auch in dieser Hinsicht haben die Gewerkschaften mit allem Nachdruck einzutreten. Am Lohn liegt ein beträchtlicher Teil unseres Geldes, und zwar am zu niedrigen Lohn. Der durch technischen Fortschritt erheblich gesteigerten Erzeugung steht gegenüber der aufs äußerste eingeeengte Verbrauch der Massen.

Massenproduktion durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit ist das Streben unserer Unternehmer. Ihnen muß erst noch die Erkenntnis beigebracht werden, daß Massenverzeugung ohne Massenabsatz undenkbar ist, daß vielmehr Massenabsatz nur durch Preisentwertung auf der einen und Lohnerhöhung auf der anderen Seite herbeigeführt werden kann.

## Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften

Zahllose Tageszeitungen gibt es heute in Deutschland. Eine jede sucht Abonnenten zu werben. Hierbei tun sich die sogenannten „farblosen oder parteilosen“ Zeitungen ganz besonders hervor. Leider gibt es noch sehr viele Arbeiter, die solche Zeitungen beziehen, weil sie etwas mehr Papier liefern, als die Arbeiterpresse oder wie die Ausreden sonst lauten. Ein solches Beginnen ist einer der verhängnisvollsten Fehler, den ein freiorganisierter Arbeiter begehen kann. Jeder, der unbefangene diese Generalanzeiger prüft, wird finden, daß sie alles mögliche bringt, auch aus Arbeiterkreisen, aber niemals in einer Form, daß der Arbeiter auf „seine“ Rechte, auf „seine“ Forderungen usw. hingewiesen wird. Immer wird eine gewisse Verkleinerungspolitik betrieben. Recht deutlich steht man dieses oft an den Berichten, die von den freien Gewerkschaften herausgegeben werden. Die Arbeiterpresse bemüht sich, diese Berichte, soweit sie für die Arbeiter Interesse haben, möglichst ganz und ausführlich zu bringen. Die Generalanzeiger dagegen, wenn sie so etwas überhaupt aufnimmt, kürzt und streicht diese Artikel oft derart zusammen, daß von dem eigentlichen Sinn nichts mehr übrig bleibt, oder aber der Arbeiter überhaupt nicht mehr herausfinden kann, was damit gesagt werden soll.

Laut muß man sich vor Augen halten, daß das Arbeitsrecht neue Rechtsauffassungen bringt. Gegenwärtige Bestimmungen, die früher für den einzelnen Arbeiter nur Geltung hatten, wenn sie ihm persönlich mitgeteilt wurden, haben heute - im Falle der Lärze und Kollektivverträge - für ihn Geltung ohne besondere Mitteilung. Für den Richter genügt in diesen Fällen die Veröffentlichung in der Tagespresse. Aus allen diesen und anderen Gründen ist es für jeden Gewerkschaftler eine unbedingte Notwendigkeit, nur eine solche Tageszeitung zu beziehen, die am Kopfe die Anmerkung trägt: Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften!

## Vom Schlachtfeld der Industrie

Die Arbeit im Bergbau ist äußerst gefährlich. Man sollte nun meinen, daß die Verbesserung der Arbeitsweise, die Zunahme der Mechanisierung usw. die Unfälle im Bergbau herabmindern. Dem ist aber nicht so, wie der Verwaltungsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Jahr 1925 zeigt. In diesem Jahre ereigneten sich in 1605 Betrieben bei 812.526 beschäftigten Personen 10.662 unfallbedingte Unfälle. Gegenüber 1924, wo sich im ganzen 8104 unfallbedingte Unfälle ereigneten, ergibt sich eine nicht unerhebliche Zunahme, zumal die Zahl der beschäftigten Personen 1924 nur 50.000 höher war. An Todesopfern forderte der Bergbau insgesamt im Berichtsjahre 1681 Personen gegenüber 1690 im Jahre zuvor. Eine Erwerbsunfähigkeit verschiedener Art erlitten 8881 Verletzte gegenüber 6614 im Jahre 1924. Im deutschen Bergbau wurden im Jahre 1925 jeden Tag 5,6 Personen getötet und 35,2 Personen verletzt. Eine erschreckend hohe Zahl. Es kann wirklich nicht davon geredet werden, daß alle Maßnahmen ergriffen seien, um die Gefahr der Arbeit im Bergbau zu bannen. Die Todesopfer im Jahre 1925 scheinen zum Glück - erheischen gründliche Nachprüfung darüber, ob wirklich alles getan worden ist, um die Unfälle zu verhindern oder herabzumindern. Namentlich die Massenunfälle, deren sich 1925 sieben ereigneten und 219 Todesopfer forderten, müssen unter allen Umständen zu verhindern gesucht werden.

Die Knappschaftsbeiträge der Unternehmer. In welchem Maße die Unternehmer durch ihre Verbände zur Leistung von Beiträgen herangezogen werden, zeigt ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der Bergbauindustrie Ostpreußens in Jütten. Das Rundschreiben Nr. 19 lautet im Auszug wie folgt:

In der nächsten Mitgliederversammlung am 7. Mai 1926 wurde der Mitgliederbeitrag für 1926 einstimmig auf 2 v. H. der Jahreslohn- und Gehaltssumme 1925 (§5 Abs. 1 und 2 der Satzung) festgelegt und wie nachstehend festgestellt:

- 20 v. H. bei einer Jahreslohn- und -gehaltssumme von über 2.000.000 M
- 15 v. H. bei einer Jahreslohn- und -gehaltssumme von 1.000.000 bis 2.000.000 M
- 10 v. H. bei einer Jahreslohn- und -gehaltssumme von 500.000 bis 1.000.000 M
- 100 v. H. bei einer Jahreslohn- und -gehaltssumme von unter 750.000 M

Die Erhebung erfolgt, soweit die Beiträge über 20 M betragen, in drei Raten auf Grund der jeweiligen Beschlässe des geschäftsjährlichen Vorstandes, letzte Rate spätestens aber vor Ablauf des Geschäftsjahres.

Der geschäftsjährliche Vorstand hat beschlossen, daß das erste Drittel des Mitgliedsbeitrages sofort zu überweisen ist. Nach der aus dem Jahre ersiegigen Lohn- und Gehaltssumme beträgt für zu entrichtender Gesamtmitgliedsbeitrag für 1926...

In einem heutzutage häufigen Briefe, heißt es in der Deutschen Tageszeitung, der wir das Folgende entnehmen haben, in das wir Einigkeit gewonnen haben, betragt die Forderung des Verbandes an sein Mitglied nur 300 M im Jahr. Und dabei handelt es sich nicht einmal um eine größere Firma. Man wird sich danach ungefähr ein Bild machen können, welche Summen bei solchen Beiträgen zusammenkommen.

Die Arbeiter sollten dann für ihre Verbandsbeiträge die nötigen Beiträge ziehen. Was dem einzelnen von ihnen an Kapitalkraft mangelt, muß durch die Kasse der Berufsleute ausgeglichen werden.

Nur 38 Instanzen! Bei der Behandlung der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Bauvorhaben dadurch künstlich erschwert werden, weil eine Unmenge Instanzen passiert werden müssen, um die Baugenehmigung zu erhalten. Es wurde kürzlich festgestellt, daß jemand, der in Berlin bauen will, 38 verschiedene Amtsstellen durchlaufen muß, ehe er jenseit ist, den Bau in Angriff nehmen zu können. Es ist leicht auszurechnen, wie lange Zeit derjenige braucht, der diesen mühseligen Instanzenweg zu durchlaufen unternimmt. Dieser Bürokratismus treibt also heute noch seine schrecklichen Blüten, er hätte schon längst in die Senkgrube gehört. Namentlich dann, wenn die Arbeitslosigkeit eine Größe erreicht hat, wie nie zuvor.

## Schriftenschau

Gegen den Industriefeindalismus. Von Fritz Larnow. Verlag Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin S. 14. Die 31 Seiten starke Schrift enthält eine Antwort auf die Kundgebung der Vereinigten Handwerkskammern des Industriegebietes. Es wird darin auf das treffend gekennzeichnet, was die Unternehmer und ihre Nachbarn in Sachen der Zwangswirtschaft, der Sozialpolitik, des Preiswunders, der angebliehen Willigkeit der Monarchie gefaselt und verübt haben. Recht wirksam werden die Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise und die Besserungsmöglichkeiten dargelegt. Daher eignet sich die Schrift recht gut zur Aufklärung in eigenen Kreisen wie zur Weiterarbeit unter den gewerkschaftlich Unorganisierten.

Die Einheit der Arbeiterklasse. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands (I.L.P.) hat der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (S.A.I.) den Antrag gestellt, es möge die Exekutive der S.A.I. der Exekutive der Kommunistischen Internationale eine gemeinsame Konferenz vorschlagen mit der Aufgabe, die Möglichkeiten der Bildung einer allumfassenden Internationalen darzustellen. Ebe die Exekutive der S.A.I. überhaupt in die Lage kam, diesen Vorschlag zu diskutieren, war die Frage seiner praktischen Durchführbarkeit bereits durch eine Rede Sinowjews entschieden, die er im erweiterten Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale gehalten hat. In dieser Rede antwortete Sinowjew auf den Vorschlag der I.L.P.: „Wir können auf die Selbständigkeit, auf die Existenz der Komintern und der Kommunistischen Partei selbst verständlich nicht verzichten. Die Schaffung der Komintern und der kommunistischen Parteien ist die größte historische Tatsache. Deshalb lautet unsere Antwort: „Nein, tausendmal nein! Wir wollen die Einheit der Arbeiterklasse, aber eine Einheit auf dem Boden des Kommunismus, des Leninismus.“ Trotz dieser brüskalen Ablehnung wurde der Antrag der I.L.P. in der Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einer eingehenden Diskussion unterzogen. Da die Veröffentlichung in der Internationalen Information nicht allgemein zugänglich ist, wurde sie nun im Verlag F. G. W. Diez Nachf., Berlin, als Broschüre herausgegeben und ist zum Preise von 40 S. im Buchhandel zu haben.

Der Jugendführer. Mitteilungen für die Leiter in den Jugendabteilungen in den freien Gewerkschaften. Herausgegeben vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Erscheint monatlich. Vierteljahrspreis 50 S. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstr. 6.

Das Gewerbe. Handbuch für Dreher, Schlosser, Mechaniker usw. Bearbeitet für die Werkstatt von W. Schuler, Augsburg. Preis 3,70 M. Verlag W. Schuler, Augsburg 6, Imhofstr. 79.

Die Frauenwelt beginnt in ihrem letzten erschienenen Heft 18 mit dem neuen Roman „Die vier Tage der Hanna Werth“ von Eva Klamar. Das neue Heft ist wieder reich mit guten Illustrationen geschmückt. Jedes Heft kostet 30 S. Mit Schnittmusterbogen 10 S. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt von Verlag F. G. W. Diez Nachf., Berlin SW 68.

Die illustrierte Reichsbannerzeitung bringt eine große Zahl alter, neuer Bilder und Aufsätze. Besonders sei hingewiesen auf die zahlreichen Bilder von der Verfassungsfeier des Reichsbanners in Nürnberg. Die illustrierte Reichsbannerzeitung ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie bei allen Reichsbannergruppen. Jede Nummer kostet 20 S.

Kachabino. Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Kuhl. Neuland-Verlag, G. m. b. H., Hamburg 30. - Dieser Roman richtet sich gegen die Brandweinpest. Im zaristischen Rußland war dieses Laster sehr stark verbreitet. Der Sauf gehörte zum täglichen Brot. Selbst wenn das tägliche Brot nicht da war, zum Brandwein mußte es immer noch reichen. Die russische Regierung suchte die Fabrikation und den Ausschank schlechten Brandweins zu verhindern, indem sie das Brandweinsteinmonopol löste und auf die Herstellung ungefährliehen Alkohol achtete. Aber da das Monopol dem Staatsfiskus reiche Einnahmen brachte, war der Regierung der Kampf gegen den Alkoholhandel an sich unangenehm. Karl Kuhl hat mit diesem Roman, den er ursprünglich „Das Monopol“ genannt hat, eine gut gelungene Schilderung des russischen Volkslebens unter den zaristischen Zuständen geschaffen.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart  
Telephon-Nummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 639 90

Mit Sonntag dem 3. Okt. ist der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1926 fällig.

## Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein faktarisches Recht auf Empfang von Sozialgeld besteht nicht. Die Auszahlung von Sozialgeld durch die Verwaltungstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Sozialgeld wird nicht bezahlt“, ist das Auffuchen des Kassiers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Cronau:  
Der Hilfsmonteur Otto Bierod, geb. am 4. Februar 1898 zu Briesen, Mitgliedsbuch Nr. 4.597.890, wegen Unterschlagung und Betrug.  
Stuttgart, Rötterstraße 16. Der Verbandsvorstand.

## Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Diamantarbeitern nach Hanau (Firma Reichan u. Kraus) D.; von Elektromonteur nach dem Unter-Eißach St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Neuß (Schiffwerft Düsseldorf-Neuß, G. m. b. H.) D.; nach Ratibor 2.; nach Reichtha in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Coswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambos) D.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; W. = L. = Hände; A. = Aussperrung. Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der beabsichtigte Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erlaubigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, was eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugeht angelegt, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzurufen zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16



# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16  
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Arbeitslosigkeit und Außenhandel

Wie den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung bereits kürzlich mitgeteilt wurde, ist auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Monaten nur doch eine gewisse Besserung eingetreten. Die Zahl der unterstügten Erwerbslosen hat seit dem 1. Juli wie folgt abgenommen:

1. Juli	1 741 000
15. August	1 604 000
1. September	1 549 000
15. September	1 484 000

Vergleicht man die letzte Zahl vom 15. September mit dem höchsten überhaupt erreichten Stand — 2 056 000 im März — so ist dies ein Rückgang um 572 000 oder fast 28 Prozent. Freilich darf man nicht vergessen, daß beidemal diejenigen nicht mitgerechnet sind, die keine Unterstützung bekommen. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist also größer. Und da anzunehmen ist, daß es heute mehr Ausgesteuerte gibt als im März, so wird der tatsächliche Rückgang etwas kleiner sein. Aber wenn er auch nur 25 oder selbst nur 20 Prozent betragen sollte, so sind wir doch die letzten, die verkennen wollten, daß auch das eine Besserung ist, namentlich wenn es gelungen sein sollte, ein paar mal hunderttausend Arbeitslose in dauernde Beschäftigung zu bringen.

Aber freilich, unsere Freude schrumpft arg zusammen, wenn wir die Zahlen des vorigen Jahres danebenhalten. Im September 1925 brauchten nur 231 000 Personen von der Erwerbslosensunterstützung zu leben. Heute sind es trotz aller Besserung immer noch 6 1/2 mal so viel; die Abnahme seit März beträgt keine 30 Prozent, die Zunahme seit vorigem Jahr aber 550 Prozent. Und dabei ist noch die Zunahme der Kurzarbeiter nicht berücksichtigt, die sich ja mit ihrem beschränkten Einkommen vielfach kaum besserstellen als die Arbeitslosen. Trotz aller Milderung der letzten paar Monate bleibt also doch eine grauenhafte Verschlechterung der Gesamtlage für die Arbeiter übrig. Und dies, obgleich wir nun schon seit geraumer Zeit in den Zeitungen fortwährend von einer Besserung der Geschäftslage — der sogenannten Konjunktur — lesen. Um nur ein paar Beispiele zu nennen, so sind die Aktienkurse ununterbrochen gestiegen. Die Durchschnittshöhe betrug:

	Bergbau und Schwerindustrie	Verarbeitende Industrie	Handel und Verkehr	Gesamt
Durchschnitt 1925	102.06	89.11	82.80	89.43
August 1926	127.58	114.—	118.20	117.54

Die Einnahmen der Bahn aus dem Güterverkehr betragen im März 213, im Juli 239 Millionen Mark. Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank stieg von 4411 Millionen Mark im März (3885 im Februar) auf 4900 im Juli, beinahe 4800 im August. Überall regere Nachfrage, stärkere Warenumsätze, die auch ohne Zögern die Preise steigerten. Der Großhandelsindex stand im März auf 118, im August auf 127; der Lebenshaltungsinde- xer stieg in denselben Monaten von 139 auf 143.

Keine Frage, daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit mit dieser Besserung der Geschäftslage im Zusammenhang stand. Aber in welchem Verhältnis! Vor dem Kriege hätte ein derartiger Auf- stieg zweifellos die Arbeitslosen bis auf einen kleinen Rest auf- gesaugt. Heute dagegen!

Ein besonders deutliches Zeichen dafür ist die Gestaltung des Außenhandels. Nicht erst seit heute und gestern, sondern seit mehreren Jahren schon ist die deutsche Ausfuhr in ununter- brochenem Steigen begriffen. Ungerechnet auf die Vorkriegs- preise betrug sie:

	Januar/August		
	1924	1925	1926
	360	465	610

Millionen Mark den Monat.

Das bedeutet zweifellos eine beständig gewachsene Arbeits- leistung, namentlich von 1925 auf 1926. Dasselbe ergibt sich, wenn man die Ausfuhr der einzelnen Produktionszweige unter- sucht. Wir wollen uns dabei auf die Eisenindustrie be- schränken, um den Leser nicht durch ein Uebermaß von Zahlen zu ermüden. Es wurden ausgeführt (zu Gegenwartspreisen):

	Eisenwaren		Maschinen	
	Januar/August 1925	für 789	396	Millionen-Mark
	1926	915	484	

Nicht nur die Ausfuhr an sich erforderte eine größere Arbeits- leistung, sondern die mehr ausgeführten Waren müssen auch mehr produziert worden sein. Wie aber steht es um die Arbeits- losigkeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband? Von 10 000 Mitgliedern waren

	Arbeitslos		Kurzarbeiter	
	1925	1926	1925	1926
Mai	350	2060	358	2540
Juni	311	2150	380	2710
Juli	346	2170	462	2620
August	434	2090	624	2400

Es könnte die Ducht dieser Zahlen nur abschwächen, wollten wir darüber noch viel Worte machen. Vermehrte Leistung in Produktion und Handel — und folglich erhöhte Profite für das Kapital — mit sehr viel weniger Arbeitskräften! Es ist schon so, wie die „Gewerkschaftszeitung“ am 25. September schrieb: Die Segnungen der Rationalisierung sind bis jetzt einzig und allein den Unternehmern in Produktion und Handel in Gestalt höherer Profite zuteil geworden. . . Der Sinn aller technischen Errungenschaften, besonders aber der Sinn der Rationalisierung sollte doch eine allgemeine Wohlstandssteigerung sein. Das Gegenteil ist bis jetzt in Deutschland der Fall.“

### Fünftägige Arbeitswoche bei Ford

Die Londoner Daily News bringt am 27. September eine Mit- teilung ihres New Yorker Vertreters, daß Ford die Einführung der fünf- tägigen Arbeitswoche unter Weiterzahlung des Lohnes für sechs Tage ankündigt. Die Neuerung gelte für alle Teile des Motorunternehmens, ausgenommen seien vorderhand nur die Eisen- bahner und Fabrikwächter. Es würden somit 217 000 Leute in 50 Be- rufen von der Arbeitszeitverkürzung betroffen. Der Achttundentag bleibe in Kraft ohne Überstunden. Es sei allerdings, wie Ford erklärte, unwirtschaftlich, wenn eine teure Maschine zwei Drittel des Tages unbenutzt bleibe, aber ein 24stündiger Arbeitstag sei gleichfalls un- wirtschaftlich, weil die menschliche Arbeitskraft um Mitternacht herum nachlasse.

In der Ankündigung Fords heißt es nach dem Londoner Blatt weiter:

Die letzten drei oder vier Jahre sind wir auf die fünf- tägige Arbeitswoche zugeföhrt, das Land ist darauf vorbereitet und sie wird in der ganzen Industrie durchdringen. Erhöhte Freizeit heißt erhöhte Nachfrage nach Waren. Die Enthaltung (vom Genuße be- rauschender Getränke) oder das Alkoholverbot hat es den Arbeitern und ihren Familien möglich gemacht, sich ihrer Freizeit wirklich zu erfreuen. Das Geschäftsleben wird gefördert werden, weil die Men- schen in ihrer Freizeit mehr verbrauchen als in ihrer Arbeitszeit. Der Achttundentag öffnete den Weg zur geschäftlichen Blüte (prosperity), die fünf- tägige Arbeitswoche wird den Weg zu noch größerer Geschäftsbüthe öffnen. Die Leute, die den Großteil der Waren verbrauchen, sind diejenigen, die sie erzeugen. Das ist eine Tatsache, die wir nie vergessen dürfen.“

Mit der fünf- tägigen Arbeitswoche stellt Ford der amerikanischen Industriellenwelt ein neues Problem. Sie war früher schon von seiner sparsamen Erhöhung des Tagelohnes von 2,50 auf 5 und auf 6 Dollar höchst unangenehm berührt, weil sie dadurch gezwungen war, gleichfalls zu folgen. Lange hat inessen die Mißstimmung nicht ge- dauert, da man herausfand, daß die Lohnerhöhung mehr einbrachte, als sie kostete, weil sie Hunderttausende neue oder kaufkräftigere Ver- braucher schuf. So ward der erst verwünschte Ford zu einem Segen- stück für die gesamten Industrie. Jetzt wird ein großer Teil der Indu- striellen abermals folgen müssen und auch dies wird, wie wir voraus- sagen uns gestatten, zum Vorteil gereichen.

Eine andere Frage ist, warum Ford jetzt mit der Neuerung beginnt. In Industriekreisen Nordamerikas meint man, er sei nicht mehr imstande, seine riesige Belegschaft noch sechs Tage zu beschäffigen. Während der Absatz seiner drei hauptsächlichsten Wettbewerber, Chevrol- let, Dodge und Opel, um 41 vH in die Höhe gegangen sei, wäre der der Fordwagen mächtig zurückgegangen. Dank der bessern Fahr- straßen, der Katenzahlung und vor allem dank der stetigen Lohnsteige- rung, die Ford in hohem Grade zuzuschreiben sei, hätten die bessern und etwas teureren Wagen zunehmenden Absatz gefunden, während die Fords immer mehr das Geföhrt der ärmeren oder minder ent- lohnten Leute werde.“

Diese Umstände aber stärken auch die Meinung, daß die Herab- setzung der 48stündigen Arbeitszeit auf 40 Stunden bei gleich- bleibendem Lohne nur die eine Seite der Fordschen Neuerung sei. Sie werde durch Herabsetzung der Preise vervollständigt werden. Denn durch beides, durch Herabsetzung der Arbeitszeit mit Lohnserhöhung und Preisserkung habe der „Gegenmeister der In- dustrie“ bisher seine Absatzstörungen überwunden. Und folglich glaubt man, er werde sein erprobtes Heilmittel auch diesmal selbst auf Kosten des Gewinnes anwenden, das heißt, einen Teil seiner Milliarden den Arbeitern und Verbrauchern darbringen. Den einen, um ihre Kaufkraft zu steigern, den andern, um sie zur Anschaffung von Ford- wagen zu reizen. Das würde zur Folge haben, daß auch seine Wett- bewerber mit den Preisen und natürlich auch mit der Kürzung der Arbeitszeit herunter müßten. Das ist in kurzen Umrissen das Problem, das Ford mit seiner Neuerung der amerikanischen Industrie stellt.

Dem obigen kann man noch folgenes hinzufügen: Auf die Neuerung mußte man seit einiger Zeit gefaßt sein. Zum ersten, weil die Versuche mit der fünf- tägigen Arbeitszeit in einigen Fordschen Abteilungen günstig verliefen, zum andern, weil verschiedene Gewerbe, wo die Gewerkschaften stark sind, zur fünf- tägigen Arbeitswoche über- gegangen sind oder im Begriffe stehen, es zu tun. Ford muß, will er seine Betriebsweise, die wir hier eine patriarchalische genannt haben, unbedroht, ungestört erhalten, den gewerkschaftlichen Forderungen bezüglich der Arbeitszeit und der Bezahlung immer einen Schritt v o r a u s bleiben. Tut er das nicht, läuft er Gefahr, daß ihm die unersättlichen hochgeschulten Leute den Rücken kehren und daß sich in seinem Betriebe die Gewerkschaft einnistet. Dadurch aber, daß er mit den Arbeitsbedingungen an der Spitze marschiert, sehen sich seine gelehrten Leute veranlaßt, bei ihm auszuweichen, und der Masse der Belegschaft kann eher verständlich gemacht werden, daß für sie die Ge- werkschaft keinen Zweck habe, weil sie ja ohne sie mehr verdiene.

Dazu kommt freilich noch, wie schon angedeutet, daß die durch Ford unumstößlich gemachte Wahrheit, daß höher Lohn mit kurzer Arbeitszeit dem Geschäft schließlich mehr nützt, als den Arbeitern selbst, weil sie ja erst dank der besseren Entlohnung und kürzeren Arbeitszeit instand gesetzt sind, mehr zu kaufen und das Gekaufte zu verbrauchen. Welch letzteres insonderheit bei Automobilien zutrifft. Denn wenn die Arbeiter jede Woche anstatt einen zwei aufeinander- folgende Tage Freizeit haben, können sie mit ihren Kraftwagen größere Ausflüge machen. Sie kommen also länger aus der ratternden und rauchigen Umgebung der Fabriken heraus, was ihrer Gesund- heit förderlich ist, und sie nutzen die Wagen schneller ab, was dem Absatz, dem Fordschen Geschäft mehr zu Buch schlägt.

Doch was immer die Beweggründe seiner Neuerung sein mögen, wir begrüßen sie nachdrücklich und wünschen, daß sie sich auf die ganze Industrie ausdehne, auch auf die Deutschlands, wo noch ein des kapitalistischen Pferdeverstandes bares Unternehmertum kein anderes Mittel zur Mehrung der Geschäftsbüthe weiß, als Lohn- quetscherei und Arbeitszeitverlängerung.

### Gewerkschaften und Krieg

Auf unserm Verbandstage in Bremen wurde auch eine Ent- scheidung gegen den Krieg angenommen. In der Entscheidung heißt es mit Recht, der Krieg könne nur durch die Macht der ge- schlossenen internationalen Arbeiterklasse verhindert werden, die Ge- sellung einer wirklichen internationalen Einheit aller Gewerkschaften sei das Gebot der Stunde. Der Verbandstag verpflichtet daher alle Mitglieder, Funktionäre und führende Verbandsstellen, in diesem Sinne tätig zu sein. Die gleiche Mahnung wird an alle Gewer- schaftszentralen der Welt gerichtet.

Sehr gut gesagt! Aber mit Entschlieungen verhindert man keine Kriege! Trotz aller Entschlieungen, Konferenzen und schönen Reden auf den Antikriegstagen werden ständig mehr Kriegszüge gebaut, eher mehr als weniger Soldaten gedrillt, der Geist der Volks- massen durch nationalistische Propaganda beaufacht und verlehrt.

In der oben angeführten Entscheidung wird mit Recht darauf verwiesen, daß mit dem Lage des Kriegsausbruchs, dem 4. August 1914, auch die alte Arbeiterinternationale zerfiel. Warum zerfiel sie? Weil den Worten nicht die Tat folgte!

Die älteren Kollegen werden sich noch erinnern, daß in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1914 in allen Städten Deutschlands Ver- sammlungen gegen den drohenden Krieg stattfanden. In diesen über- füllten Versammlungen wurden Entschlieungen im Sinne des be- rühmten Aufrufs des sozialdemokratischen Parteivorstandes angenom- men. Der Aufruf des Parteivorstandes klang dahin aus, daß kein Tropfen deutsches Blut für die imperialistische Profitgier der überreichlichen Gewalthaber, fließen dürfe. Dieser Aufruf des Partei- vorstandes erging am 25. Juli 1914. Am 4. August bewilligte die Partei die geforderten Kriegskredite!

Eine Tat wäre es gewesen, wenn die Partei, in Verfolg ihres Aufrufs, die Massen aufgefordert hätte, nicht zu marschieren. So war es nur ein Verleugnen des eigenen Aufrufs, ein glattes Ver- sagen in der Stunde der Entscheidung und der höchsten Not.

Dieser keine geschichtliche Ausflug soll nicht dazu dienen, ge- wissen überadulanten Teilen der Arbeiterklasse, die damals am lau- testem Sturm geschrien haben und heute alle Schuld auf andere schieben, einen Anlaß zum Frohlocken zu geben. Auch nicht denen, die während der Jahre des Massenmords und des Strohenschnittes gestöhnt und den Krieg tausendfach verflucht haben und die dennoch heute, weil sie nichts gelernt und alles vergessen haben, nichts Erspriechlicheres zu tun wissen, als ihre Jungen rechtsgerichtet, militärischen Organisationen zuzuföhren, wo sie planmäßig und vorbedacht zu einem neuen Mar- schenord beaufacht werden. Zweck dieser Zeilen soll sein, die begangenen Fehler aufzuzeigen und auf andere Wege zu drängen. Wege in dem Sinne, den Worten die Tat folgen zu lassen. Wer etwas sagt oder schreibt, was nicht seine innerste Überzeugung ist, der soll lieber beides sein lassen.

Welche Wege sind nun zu beschreiten, um einer Wiederholung jener Barbareien von 1914 vorzubeugen? Die in den vielen Ent- schieungen gegen den Krieg geforderte „Massenfront“ schafft

Schon. Aber bis diese Massenfront geschaffen, kann der Krieg wieder da sein. Und auch mit der Massenfront ist der Krieg nicht unmöglich, wie die Vorgänge von 1914 beweisen. Wie schon oben ausgeführt, werden heute, trotz aller schönen Worte, mehr Mittel für Kriegs- rüstungen verpulvert als ehemals. Entschlieungen, Konferenzen, Zeitungsaufsätze und Antikriegstage sind Zwirnspäden, über die die Imperialisten und Militaristen nirgendwo stolpern werden. Worauf es ankommt ist, daß die Arbeiterinternationale gewillt ist, ihre Machtmittel in Anwendung zu bringen, daß sie bereit ist zur Tat!

Soweit die politische Betretung der Arbeiterklasse in Frage kommt, so hätte diese in allen Parlamenten nach dem Grundsatz zu handeln: Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen! Dem Ruße: Nie wieder Krieg, kann nicht Nachdruck dadurch verliehen werden, daß man am Militärretat einige schamhafte Abträge vor- nimmt, sondern die Arbeiterparteien habe alle Forderungen für Meer und Marine abzulehnen. Der Einwand, daß doch durch die Ausgaben für die Rüstungsindustrie für nicht unerhebliche Teile der Arbeiterklasse Lohn und Brot geschafft werde, ist unzähligmal widerlegt worden. Die für Kriegszwecke verausgabten riesigen Summen sind zweckmäßiger für Kulturarbeiten zu verwenden. Wenn auch bei der zahllosen Unterlegenheit der Arbeitervertreter ihrem kein vorläufiger Erfolg versagt ist, so machen sie sich wenigstens nicht mitfühlig am Bestreben der Ruknießer des Krieges, an dem ver- gessenen Blut, an den geschloffenen und vergessenen Leibern der Söhne des Volkes. Der tiefere Sinn des Völkerbundes ist doch der, Streitig- keiten zwischen Staaten oder Staatengruppen auf schiebegerichtliche Weise zu erledigen. Diesem Bestreben wird am besten dadurch gebiehet, daß wenigstens die Arbeiterparteien zu ihrem Teil dazu beitragen, die Forderungen für Kriegszwecke rücksichtslos abzulehnen. Weiter hätten die Arbeiterparteien in allen Parlamenten den Regierungen und den Ru- knießern des Krieges bei jeder Gelegenheit klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie im Falle einer tatsächlichen Kriegsdrohung das Volk duelle, aus der der Militarismus schöpft, zu verstopfen, indem sie alle auffordern würden, nicht zu marschieren. In dieser Hinsicht müßten die Arbeiterwähler ihren Vertretern scharf auf die Finger sehen. Ver- treter, die nicht gewillt sind, den Militarismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, haben das Recht verweigert, Arbeitervertreter zu sein.

Aber auch die Gewerkschaften sind nicht zuletzt berufen, ihr Teil zur Verhinderung des Krieges beizutragen. Nicht dächte, es ge- höre dieses zu ihren vornehmsten Aufgaben. Mit Entschlieungen und Beratungen unserer Führer ist es natürlich auch hier nicht getan. Es gilt, eine klare Einstellung der Gewerkschaftspolitik auf außenpolitische Bedenkengänge herauszustellen, weil hierdurch auch die Innenpolitik der Staaten in steigendem Maße beeinflusst wird. Nicht Entschlie- ungen, sondern Taten! Es müssen bindende Abmachungen dahin- gehend getroffen werden, im Falle von Kriegserklärungen mit der sofortigen Arbeitsniederlegung zu antworten. Besonders die internationalen Berufssekretariate müßten dieser Seite der internationalen Gesell- schaft ihr schärfstes Augenmerk wenden, um im gegebenen Fall rüd-



schlieflos durchgreifen zu können. Daher ist es vor allem notwendig, die Schlagkraft der Gewerkschaftsinternationale zu stärken.

Es ist bedauerlich und nicht geeignet, die Schlagkraft der sozialistischen Arbeiterbewegung zu stärken, daß neben der Amsterdamer Internationale noch eine zweite in Moskau besteht. Durch die Gründung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale — die Ursachen mögen unbedeutend bleiben — setzte in allen Ländern eine Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegung ein, wurde ihre Schlagkraft um ein beträchtliches gemindert, konnte die Reaktion oder der Faschismus triumphieren. Siehe Ungarn, Italien usw. Es muß offen ausgesprochen werden, daß durch die Verschimpfungen, die die „rote“ Gewerkschaftsinternationale der Amsterdamer angeht, als auch durch ihr sonstiges Verhalten die Bemühungen zu einer Verständigung sehr erschwert wurden und werden. Aber auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar, eine Vereinigung ist eiserne Notwendigkeit. Der Vereinigung beider Internationalen stehen zweifellos Schwierigkeiten entgegen, doch dürften sie nicht unüberwindlich sein. Voraussetzung ist auch hier guter Wille und ehrliches Bestreben auf beiden Seiten. Verschimpfungen, wie sie bisher von Moskau beliebt wurden, sind das ungeeignete Mittel, den Weg zur Verständigung zu ebnen. Gelänge es den internationalen Spitzenorganisationen, diese Schwierigkeiten zu bewältigen, so wäre dieses eine praktische Tat von gewaltiger Bedeutung für die Unterbindung des Massenmordes.

Wir werden die Rüstungsindustrie nie umstellen, das Soldatendringen nie unterbinden, wenn wir nicht zum Angriff auf den Krieg und seine Ruinen übergeben. Darum nochmals: Kriege können nicht durch Entschuldigungen verhindert werden. Wer den Krieg unmöglich machen will, muß zum Krieg rufen, rufen in dem Sinne, die Pläne der Kriegsmächte zu durchkreuzen. Gehen wir allerwärts zum Antritt über, verweigern wir dem Krieg die Mittel und bereiten wir uns gegen ihn so vor, daß nicht der geringste Zweifel bestehen kann, daß wir ihn unbedingt zu verhindern gewillt sind. E. B. Dinghaus.

## Steuerfreiheit der Nachtarbeitszulagen

Von Erich Rinner

Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es gelungen, im Wege von Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium die Lohnsteuer in einem wesentlichen Punkte zu verbessern. Die steuerliche Behandlung der Nachtarbeitszulagen, die bisher zu vielen Klagen Anlaß gab, ist neu geregelt, so daß von jetzt ab der größte Teil der Nachtarbeitszulagen steuerfrei ist.

Bisher waren für die steuerliche Behandlung der Nachtarbeitszulagen nur die allgemeinen Vorschriften über Dienstvertragsentlohnungen maßgebend. Nach § 36 Abs. 2 Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 sind Dienstvertragsentlohnungen privater Arbeiter steuerfrei, wenn sie erstens nach ausdrücklicher Vereinbarung zur Freistellung des durch die Arbeit verursachten Aufwandes gezahlt werden und wenn sie zweitens entweder nur in Höhe des nach zu leistenden Dienstvertrags gezahlt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, mußte in jedem einzelnen Fall von den Finanzämtern geprüft werden. Die Nachtarbeitszulagen konnten daher bisher nur auf besonderen Antrag nach Prüfung der Verhältnisse vom Finanzamt für steuerfrei erklärt werden. Da hierbei oft Schwierigkeiten auftraten, die Finanzämter in einzelnen Fällen sogar eine Prüfung ohne weiteres ablehnten, beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beim Reichsfinanzministerium, eine ähnliche einfache Regelung einzuführen, wie sie schon seit mehreren Jahren für die Ausstellungen der Monteur, die ebenfalls Aufwandsentschädigungen sind, besteht. Daraufhin hat der Reichsfinanzminister in einem Erlaß vom 14. September 1926 — III 65400 — folgendes bestimmt:

Nach neueren Feststellungen sind die Nachtarbeitszulagen in der Privatwirtschaft ganz verschieden hoch (bis zu 50 vH des Tariflohns). Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß solche Zuschläge nicht ohne weiteres als steuerfrei anzuerkennen sind; denn sie stellen offenbar zum wesentlichen Teil eine besondere Entlohnung für die meist mit besonderen Unbequemlichkeiten verbundene Nachtarbeit dar und sind insoweit als Arbeitslohn zu behandeln. Die Übertragung der Entscheidung auf die Finanzämter kann aber dazu führen, daß auch in gleichliegenden Fällen von einander abweichende Entscheidungen getroffen werden. Um hier nach Möglichkeit einen Ausgleich herbeizuführen, bestimme ich hiermit, daß die in der Privatwirtschaft, insbesondere auf Grund von Tarifverträgen gezahlten Nachtarbeitszulagen insoweit als steuerfrei anzuerkennen sind, als sie den Betrag von 1 RM für die ganze Nacht nicht übersteigen, einerlei, ob die Zulage in einem Hundertsatz des bei Tagarbeit üblichen Lohns (Tariflohn) oder in festen Beträgen vereinbart worden ist. Wird die Anerkennung eines höheren Betrags als Dienstvertragsentlohnung in Aussicht genommen, so ersuche ich, mir vor der Entscheidung zu berichten.

Der Erlaß, der Anfang Oktober in Nr. 24 des Reichssteuerblattes veröffentlicht werden wird, hält an den bisherigen rechtlichen Grundregeln fest und vereinbart nur das Verfahren. Er ist also nur anwendbar auf Nachtarbeitszulagen, die Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 36 Abs. 2 sind. Die Zulagen müssen daher im Tarifvertrag oder in sonstigen Vereinbarungen ausdrücklich vereinbart sein. Sie müssen ferner zur Freistellung des Aufwandes, der den Arbeiter infolge der Nachtarbeit an Erhaltung usw. entsteht, bestimmt sein und dürfen keine Vergütung für Überstundenarbeit darstellen. Dagegen ist es gleichgültig, ob die Zulagen in festen Beträgen oder in einem Hundertsatz des Tagesverdienstes ausgedrückt sind.

Wo diese Voraussetzungen vorliegen, ist der Unternehmer von jetzt ab verpflichtet, die Nachtarbeitszulagen bis zum Betrage von 1 RM je Nacht vom Einkommen steuerfrei zu lassen. Ein besonderer Antrag an das Finanzamt kann daher nicht mehr gestellt werden.

## Die betriebswissenschaftl. Umwälzung

Von Paul Haase

### Fliegarbeit

Da unglücklicherweise die technische Umstellung in der Industrie mit der wirtschaftlichen Krise zusammenfällt, ist es dem ausübenden Unternehmer leicht geworden, mit dieser technischen Umwälzung einen ganz ungeheuren Druck auf die Arbeiter auszuüben. Tausende Arbeiterentlassungen, die auf Kosten der Wirtschaftskrise kommen, werden geschehen, auf des Rats der Rationalisierung geschrieben, nur zu dem Zweck, den Arbeiter einzuschüchtern und für realistische Maßnahmen gefügig zu machen. Denn hat sich die Spekulation dieser Tage heraufgehoben, die Fliegarbeit hat eine ganze Industrie hervorgerufen, die sich mit der Herstellung der Hilfsmittel für Fliegarbeit, wie Kollbahnen, Gleitbahnen, Transporter usw. befaßt. Diese Firmen enthalten eine große Klasse für ihre Waren und bieten ihren Fliegarbeitern die selbstbestimmten Erfolge an. Wenn den Rationalisierungsmaßnahmen gegolten werden sollte, so braucht die Industrie überhaupt keine Arbeiter mehr. Alles geht und macht sich von ganz alleine, wenn nur die Fliegarbeit der Firma Donner und Doria gekauft werden. Man braucht noch, daß allerlei Leuten, die sich in handwerklicher Angelegenheiten erproben und sich beraten lassen, Deutschlands verlorene Wirtschaft wieder gerade zu richten, ohne jede Kenntnis der Technik jenseitiger Erfindungen über die Hauptperiode, die nach Einführung der Fliegarbeit über Deutschland hereinbrechen wird, vom Stapel lassen. Je wichtiger sich Erdbel ist, um so lauter lärm er von diesem

Gehen die Nachtarbeitszulagen über diesen Betrag hinaus, so ist nur ihr überschüssiger Teil steuerpflichtig. Nur in diesen Fällen kann die volle Steuerbefreiung wie bisher auf besonderen Antrag von den Finanzämtern bewilligt werden. Da die Nachtarbeitszulagen in der Regel die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen und 1 RM je Nacht nicht übersteigen, so ist damit im großen ganzen die Steuerfreiheit erreicht.

Jetzt kommt es darauf an, die neue Vorschrift schnell und allgemein durchzuführen. Das kann nur durch weitgehende Mitarbeit der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre geschehen. Ihnen fällt hier eine dreifache Aufgabe zu.

1. Da eine besondere Anweisung an die Unternehmer nicht ergeht, müssen sie diese auf den Erlaß aufmerksam machen. Da eine Zustimmung des Finanzamtes nicht mehr erforderlich ist, müssen sie dafür sorgen, daß die Nachtarbeitszulagen schon von der nächsten Lohnzahlung ab bis zum Betrage von 1 RM je Nacht steuerfrei bleiben. Wo sich die Unternehmer weigern, müssen die Finanzämter um Entscheidung gemäß § 79 Einkommensteuergesetz anrufen werden.

2. Wo die Neuregelung nicht angewendet werden kann, weil die Zahlung von Nachtarbeitszulagen nicht im Tarif- oder Lohnvertrag besonders verabredet war, müssen die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre darauf achten, daß bei Abschluß neuer Verträge eine entsprechende Bestimmung aufgenommen wird. Dabei wird es sich empfehlen, in der Bestimmung hervorzuheben, daß die Nachtarbeitszulagen „als Entschädigung für den durch die Nachtarbeit den Arbeitern entstehenden Mehraufwand“ gezahlt werden.

3. Wo schließlich höhere Nachtarbeitszulagen vereinbart und gezahlt werden, als der Erlaß allgemein für steuerfrei erklärt, müssen besondere Anträge an die Finanzämter gerichtet werden, auch den überschüssigen Betrag für steuerfrei zu erklären. Dabei muß nachgewiesen werden, daß die gezahlten Zulagen die tatsächlichen Mehraufwendungen des Arbeiters nicht übersteigen und daß sie keine Überstundenentlohnung darstellen.

Wenn Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre diese Aufgaben erfüllen, so helfen sie nicht nur mit an der weiteren Vereinfachung der Lohnsteuer, sondern sie schaffen sich selbst ein neues wichtiges Feld gewerkschaftlicher Arbeit. Ebenso groß wie der materielle Erfolg dieser Arbeit für die Arbeiter ist auch ihre Bedeutung für die gewerkschaftliche Tätigkeit.

## Verteuerung durch den Kleinhandel

Die Hoffnung auf eine Senkung der Preise oder auch nur ein Beharren auf dem bisherigen Stand werden wir uns wohl aus dem Kopfe schlagen müssen. Der neueste Bericht der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer bringt die Bewegung der Preise im Groß- und Kleinhandel des Monats August. Wir entnehmen daraus folgendes:

	Lebensmittel-Kleinhandelspreise		1913: 100	
	Juli 1926	August 1926	Juli	August
Brot . . . . . 1/2 kg	18	18,6	124	128
Butter . . . . .	190	199	146	153
Margarine . . . . .	93	93	133	139
Rindfleisch . . . . .	115	130	126	142
Schweinefleisch . . . . .	145	147	192	180
Möhren . . . . .	12,6	19	120	84,5
Weißbrot . . . . .	14	15	350	429
Pflaumen . . . . .	50	47	154	125
Schellfisch . . . . .	45	49	161	175

Wie man sieht, sind bei mancher Ware ziemlich große Preissteigerungen eingetreten. Dies gilt vor allem bei Butter, Rindfleisch, Möhren, Weißbrot usw. Diese Preissteigerungen im Kleinhandel erfolgen, obwohl sie im Großhandel weniger stark waren oder sogar den umgekehrten Gang zeigten. Dies ergibt sich aus folgenden Zahlen, die derselben Aufstellung entnommen sind:

	Erzeuger- oder Großhandelspreise		1913: 100	
	Juli 1926	August 1926	Juli	August
Roggen . . . . . 50 kg	9,91	9,86	114	104
Weizen . . . . . 50 =	42,07	42,07	97	94
Möhren . . . . . 50 =	6,85	4,20	86	88
Weißbrot . . . . . 50 =	6,85	9,60	198	87

Die Erzeuger- oder Großhandelspreise zeigen also eine rückläufige Bewegung, die Kleinhandelspreise aber gehen den entgegengesetzten Weg. Darin ist zu erkennen, daß die Kleinhandelspreise nicht mit den Großhandelspreisen im Einklang stehen, was eine Fehlerquelle im Warenhandel aufweist. Diesem Uebelstand könnte abgeholfen werden, wenn die Masse der Verbraucher in den Konsumgenossenschaften vereinigt wäre. Jedenfalls ist die Preisentwicklung im Monat August bedenklich. Sie zeigt, daß eine Erhöhung der Reallohne von dieser Seite nicht zu erwarten ist. Die gesetzgebenden Körperschaften hatten es ja so fürchtbar eilig, die Preisstreubreitengegebungen abzubauen. Das freie Spiel der Kräfte sollte alles wieder ins Gleichgewicht bringen. Mit welchem Ergebnis, sieht man an obigen Zahlen. Die Schlussfolgerungen? Es bleibt nichts als die Wachsamkeit der Gewerkschaften, damit diese das ausgleichen, was eine verfehlte Wirtschaftspolitik verabsäumt. Und dann die Selbsthilfe der Verbraucher. Sie müssen sich dem Konsumverein anschließen, dann läßt sich der preisstreubende Kleinhandel, der am Lippe des Volkes mitleidet, ohne zu erzeugen, leicht ausschalten.

## Was Rationalisierung ist und sein könnte

In einem lehrreichen Aufsatz von Fritz Raphael im „Vorwärts“ über die deutsche Wirtschaftslage finden wir folgende Gedankenansätze, die Wesen, Auswirkungen und Verlauf der Rationalisierung treffend zusammenfassen: „Rationalisierung bedeutet Senkung der Produktionskosten durch technische oder organisatorische Fortschritte. Diese Fortschritte setzen fast immer Arbeitskräfte frei. Wenn sich nun die Produktionskosten senken, umgeht in eine entsprechende Preisermäßigung, so erweitert sich der Absatzmarkt, es folgt die Verbilligung, die Erweiterung der Produktion und damit die Wiederaufnahme der

volkswirtschaftlichen Wundermittel. Die Kölner Ausstellung für Fliegarbeit hat eine ganze Reihe Fliegarbeitsversuche ausgestellt, die von jedem Sachverständigen sofort als Kellameiseln abgetan werden können.

Als Beispiel die Fliegarbeit in der Gießerei. In wunderbaren Zeichnungen wird nachgewiesen, daß auch in einer Gießerei glatte Fliegarbeit eingeführt werden kann. Das Schema zeigt eine im Oval angeordnete Kollbahn, auf der die leeren Formkästen bis zum Platz des Formers laufen. Der Former nimmt den Kasten auf seinen Arbeitstisch und beginnt mit der Einformung. Er hat die Entscheidung, daß er den Sand aus hochliegenden Wankern in den Kasten fließen lassen kann. Dann stellt der Former seinen Kasten wieder auf die Kollbahn und er passiert einen weiteren Arbeiter, der Kerne einlegt, ein weiterer schreibt die Form an, ein anderer legt den Kasten zusammen und so fließt der Kasten die Kollbahn entlang, bis die Form guffertig ist. Jetzt passiert sie die Gleitflanne und ein Arbeiter greift die Form während des langsame Laufens auf der Kollbahn ab, dann wird die Form aufgerichtet, auf einem Kopf wird der Kasten ausgeleert, der Sand fällt durch den Kopf, der leere Kasten läuft auf der Kollbahn weiter und kommt wieder an den ersten Platz, wo der Former steht, und der Arbeitsgang beginnt aufs neue. Das Guffertig läuft auf einem Band weiter in die Puherei. Die Sache wäre wunderbar, wenn sie nicht einen Haken hätte, nämlich: daß zu gehende Eisen dürfte nicht warm sein. Aller zehn Minuten kommt auf dem Band ein Kasten zum Abgießen. Soll der Ofen für jeden Kasten frisches Eisen fassen? Das ist doch nicht denkbar und mit der Pflanze kann nicht eine halbe Stunde gemartet werden, bis drei Kästen abgepöpselt sind. Ganz abgesehen von der Gießerei, die Trockenformen braucht. Dann

freigesetzten Arbeitskräfte, wenn auch vielfach an anderen Stellen der Produktion. Ist dieser Kreislauf Rationalisierung, Verbilligung der Selbstkosten, Freisetzung von Arbeitskräften, Preisermäßigung, Erweiterung des Absatzes, Wiederaufnahme der Arbeitskräfte, geschlossen, so ist sein Ergebnis eine Senkung des Volkswohlstandes, eine gute Konjunktur, steigender Massenwohlstand und steigende Kapitalrente. Gegenwärtig nun haben wir von der Rationalisierung in erheblichem Umfang die Senkung der Produktionskosten und die Freisetzung der Arbeiter erlebt, aber die Auswirkung auf die Preise und damit die Erweiterung des Absatzes und das Wiederaufnehmen der Arbeitskräfte ist fast überall unterblieben. Große Teile des Unternehmertums in der Industrie und im Handel haben auf Grund natürlicher oder organisatorischer Monopolstellungen, die Senkung der Selbstkosten zunächst nur zugunsten einer Erhöhung der Kapitalrente wirken zu lassen, während sie den Weg, der von der Rationalisierung zur Senkung des Massenwohlstandes führt und dessen entscheidende Etappe die Preisermäßigung ist, verbarst haben.“

Die Leistungssteigerung in der Schwerindustrie. Die deutsche Rohstoffförderung betrug im August 1926 insgesamt 1 141 316 Tonnen, was gegenüber dem Monat Juli, wo eine Gesamtleistung von 1 019 338 Tonnen erzielt wurde, eine Zunahme von 11,9 vH ausmacht. 1913 betrug die Rohstoffförderung nach dem heutigen Gebietsumfang des Deutschen Reiches 965 458 Tonnen, mithin ist im August dieses Jahres gegen 1913 eine Steigerung von rund 18 vH zu verzeichnen. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Gewinnung von Rohstoff betrug im August 1926 43 897 Tonnen gegen 37 753 Tonnen im Monat zuvor. Hier ist also eine Steigerung von 16 vH wahrzunehmen.

Die Gesamtleistung der deutschen Walzwerke betrug im August 907 510 Tonnen, was eine durchschnittliche arbeitsmäßige Gewinnung von 34 904 Tonnen ergibt. Die Zahlen des Monats Juli sind 868 900 bzw. 32 182. Die Gesamtleistung der Walzwerke war um 38 610 Tonnen oder um 4,4 vH höher als im Vormonat. Da der August aber nur 26 Arbeitstage hatte, während im Juli 27 Tage gearbeitet wurde, ist die arbeitsmäßige Leistung um etwa 8,5 vH höher. Die Rationalisierung zeigt also in der Schwerindustrie bereits ihre Ergebnisse. Und da die Preisgestaltung auf dem Weltmarkt eine wesentlich bessere geworden ist, kann auch die finanzielle Lage der Werke als äußerst gesund angesehen werden. Mit der endgültigen Bildung der internationalen Rohstoffgemeinschaft wird sich dieses Verhältnis noch verbessern. Demgegenüber vergleiche man das Verhalten der Eisenindustriellen bei der letzten Lohnbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit. In der ersten Hälfte des September hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland, soweit die Unterfügungsempfänger in Berücksichtigung gezogen werden, weiter abgenommen. In der Zeit vom 1. bis 15. September ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen von 1 548 000 auf 1 484 000, das heißt um rund 64 000 oder 4 vH zurückgegangen. Um einen Vergleich mit den vorhergehenden Monaten zu ermöglichen, bringen wir unsere übliche Aufstellung:

Stichtag	männliche	weibliche	zusammen
1. Juli 1926 . . . . .	1 408 000	333 000	1 741 000
1. August 1926 . . . . .	1 328 000	324 000	1 652 000
1. September 1926 . . . . .	1 248 000	308 000	1 548 000
15. . . . . 1926	1 195 000	289 000	1 484 000

In dieser Aufstellung sind nur die sogenannten Hauptunterfügungsempfänger berücksichtigt. Bekanntlich ist die Arbeitslosigkeit bedeutend höher, als obige Zahlen erkennen lassen, da ein großer Teil der Arbeitslosen keine Unterstützung bekommt oder ausgeteuert ist.

Wie sich der Andrang nach den Arbeitsnachweisen gestaltet, ergibt folgende Zusammenstellung. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche:

in den Städten mit mehr als 60 000 Einw.	im Reich				
monatlich	männliche weibliche				
August 1926	691	416	August 1926	647	424
Juli 1926	701	455	1926	226	189
August 1925	245	149	1913	173	101

Wie man es machen soll. In der Sächsischen Gewerkschaftszeitung lesen wir: „Nicht sich ein Unorganisiertes im Betriebe darüber auf, daß die Gewerkschaften nichts täten, dann stürme solchem Maulhelden nicht etwa zu, sondern sage ihm, daß die Verbände aus den einzelnen Mitgliedern beständen, die, soweit sie ihre Beiträge bezahlten, darüber zu bestimmen haben, wie die Beiträge zu verwenden sind und wie bei günstiger Lage die gewerkschaftliche Bewegung anzusehen ist. Vorschläge von Außenstehenden anzunehmen, müssen die Gewerkschaftsmitglieder ablehnen. — Hast du ein Mitglied für den Verband gewonnen und willst dieses nach sechs Wochen wieder austritten, weil er in diesen sechs Wochen noch keine besonderen Vorteile für sich ergattern konnte, dann gehe ihm nicht recht. Halte vielmehr im Betriebe Umschau. Du wirst immerhin den einen oder den anderen Kollegen finden, der schon jahrelang vor dem Kriege organisiert war. Jahrgangselang hat dieser Kollege seine Beiträge bezahlt, und zwar bereits zu einer Zeit, wo überhaupt noch nicht an den Abschluß von Tarifverträgen und anderes zu denken war. Wenn diese alten Kämpfer ebenfalls nach sechs Wochen die Flinte ins Korn geworfen hätten, dann hätten wir heute nicht nur keine Tarifverträge, sondern auch alle die anderen Vorteile nicht. — Gerade in schlechten Zeiten kommen ganz „Arbeitslose“ und erklären, daß nur ein Generalstreik und ähnliches helfen könne, um die Lage der Arbeiter mit einem Schlage zu verbessern.tritt ein solcher „Kämpfer“ auf, dann sage ihm, ob er in der Lage sei, seine Mitarbeiter im Betriebe für einen Generalstreik zu gewinnen. Kann er das nicht, dann hat er nicht das Recht, von anderen Kollegen mehr zu verlangen, als er selbst zu leisten vermag. — Handelt du immer nach solchen Grundrissen, dann trägst du am wirksamsten zur Stärkung der Bewegung und deines Verbandes bei!“

aber das Ausleeren der Kästen. Kann das Gußstück nach fünf Minuten aus der Form gerissen werden und dann fließend in die Puherei wandern? Das ist ausgeschlossen. Demnach ist auch die Anwendung der fließenden Kette in der Gießerei wenig Spielraum gelassen, der Vorteil rechtfertigt keineswegs den ungeheuren Lärm. Der Former kann mit Ruhe der Fliegarbeit zusehen.

Eine andere Firma überträgt die Besucher mit der Aufpreisung: „Durchgeführte Fliegarbeit in der Verpackung.“ Beim näheren Zusehen gewahrt man ein patentiertes Werkzeug, das das Bandelchen um eine Riste gut und zuverlässig bindet, angeblich in kurzer Zeit. Ein Patent, wie es schon viele gab und im Grunde nichts anderes ist als ein verbessertes Werkzeug. Da Fliegarbeit das zeitgemäße Geschrei ist, muß der Begriff zur Kellameiseln herhalten.

Seit Jahrzehnten haben wir Spezialmaschinen für alle möglichen Aufgaben und Leistungen. Still sind sie in den Betrieben zur Anwendung gekommen und viele Systeme haben schon ein Alter von 20 bis 25 Jahren. Jetzt erleben alle ihre Renaissanz und sie werden feierlich in den Reihen der großen technischen Umwälzung des 20. Jahrhunderts, der sogenannten Rationalisierung und Fliegarbeit eingereiht, um einer gläubigen Menschheit allerlei Wind vorzumachen. Was hat es für einen Sinn, einer Lütenpad- und Wiegmaschine den Charakter einer technischen Umwälzung im fließenden Zug beizumessen oder eine Bonbonmaschine mit Trockenhaube, die schon fünf Jahren in Anwendung ist, als die Geburt der technischen Umwälzenden Zeit, gezeugt von Pragis und Wissenschaft, hinzustellen? Viel, reichlich viel Krampf ist bei der ganzen Geschichte.



# Geordneter Rückzug der englischen Bergleute?

F.K. Der englische Kohlenarbeiterstreik dauert nun 22 Wochen. Beide Seiten stehen sich unerbittlicher als je gegenüber. Zwar hat der Vorstand der Bergleute es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, mindestens in einem wichtigen Punkte hat er sich zum Nachgeben bereit erklärt. Doch hat dies nicht das geringste zugebracht. In dem Maße, wie er sich entgegenkommend zeigte, wurden die Grubenherrn hartnäckiger und heftiger. Allgemach ist ihre Halsstarrigkeit so weit gediehen, daß sie selbst das abzulehnen, was sie vor Beginn des Ausstandes gewähren wollten.

Den Hauptgrund des Streites bildet nach wie vor die bezirksweise Regelung der Arbeitsbedingungen, welche von den Grubenherrn gefordert wird, während die Knappen auf der Verbeibehaltung der nationalen Regelung bestehen. Die Forderung der Kohlenkarone läuft darauf hinaus, die bisher geltende nationale Einheitlichkeit in Sachen des Mindestlohnjahres und der Arbeitszeit zu befestigen und die Festlegung beider bezirksweise vorzunehmen. Das würde bedeuten, daß in den Bezirken, die hinsichtlich des Kohlenvorkommens, der Fördertechnik und anderer Umstände ungünstiger gestellt sind, eine längere Arbeitszeit und ein geringerer Lohnjah in Kraft käme. Die Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen würde eine Mißstimmung zwischen den Belegschaften der Bezirke, einen Zwiespalt in der Organisation der Bergleute zeitigen, der zu deren Schwächung und Zerrüttung führen könnte. Das ist der Grund, der die Grubenherrn bestimmt, gerade an der Fortsetzung der bezirksweisen Regelung wie die Verfechter festzuhalten. Sie hoffen, auf diese Weise die Bergarbeiterorganisation zu zerstreuen. Das wissen natürlich auch die Arbeiter. Was Wunder, daß sie hartnäckig die bisher geltende nationale Regelung verteidigen.

Freilich hätten die Grubenherrn ihren sauberen Plan sich längst aus dem Kopf schlagen müssen, wenn sie nicht von der Regierung nachhaltig unterstützt worden wären. Was diese immer in diesem Ausnahmefalle unternahm, konnten die Herren nur als Anreiz zur Unnachgiebigkeit auffassen. Gegen die Arbeiter wendete die Regierung ohne Bedenken den Hebel der Gesetzgebung an, indem sie die Verlängerung der Arbeitszeit und ähnliches mehr beschließen ließ. Gegen die Grubenherrn aber erklärte sie kein gesetzliches Mittel zu haben, sie zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Die letzte Woche, als der erste Minister Baldwin auf Urlaub war, machte der Finanzminister Churchill einen Vermittlungsvorschlag, den die Bergleute als Verhandlungsbasis anerkennen zu können. Noch ehe der Vorschlag irgendwelche praktische Wirkung hatte, war Baldwin wieder zurück und schob seinen Finanzminister glatt beiseite, wodurch die Möglichkeit der Verständigung gescheitert war und die Grubenherrn noch fester wurden.

In der letzten Sitzung des Unterhauses kam nach einer heftigen Auseinandersetzung die Regierung mit dem Vorschlag, ein nationales Schiedsamt zur Regelung der Lohn- als auch der Arbeitszeitfragen einzusetzen. Dies sei das höchste des Bewilligungsmöglichen, die letzte Hoffnung, einen Weg aus dem Engpaß zu finden. Die Regierung stellte für ihren Vorschlag die Bedingung, daß bezirksweise in Verhandlungen eingetreten werde, um auf diese Weise die baldige Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Die Entscheidungen des nationalen Schiedsgerichts sollen dann die jetzt getroffenen bezirksweisen Abmachungen ablösen.

Wie sich die Bergleute zu diesem Vorschlag stellen, ist jetzt, am 1. Oktober, wo wir dies schreiben, noch ungewiß. Ihre Konjunktur ist nach zweitägiger Beratung übereingekommen, den Vorschlag den Kollegen zur Abstimmung zu unterbreiten. Verschiedene Äußerungen und Anzeichen indessen gestatten die Annahme, der Vorschlag werde von der Mehrheit der Verbandsmitglieder angenommen. Der Verbandssekretär Cook hat die letzten Tage verschiedene Male von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines „geordneten Rückzuges“ gesprochen, um die Organisation vor Abrückbildung zu bewahren, damit sie zu geeigneter Zeit den Kampf wieder aufnehmen könne. Von den 1,1 Millionen streikenden Bergleuten haben (bis zum 29. September) 137 000 die Arbeit wieder aufgenommen. Man mag die Rückkehr von einem guten Zehntel nach einem so lange dauernden Ausstande nicht gerade für besorgniserregend halten, doch darf sie natürlich von einer weiterbildenden Führerschaft nicht außer acht gelassen werden, besonders wenn sich unter den Rückkehrenden Gruppen befinden, die zu dem Kern der Organisation gehören. Schließlich ist der Hunger doch stärker als aller Kampfesmut. Von einer genügenden Unterstützung kann bei einem 22wöchigen Ausstande nur in beschränktem Maße die Rede sein, und mit der andern Unterstützung, mit der Unterbindung der Einfuhr von Kohle und ihrer Beförderung in England selbst hapert es bedenklich. Ein erheblicher Teil der englischen Arbeiterschaft ist durch den Stillstand der Kohlenförderung zur Beschäftigungslosigkeit verdammt, so daß von ihrer Seite keine Hilfe kommen kann, und andere Gewerbe Englands, wie die Eisenbahnen und die Seelente, sträuben sich, volle

solidarische Hilfe zu leisten, weil sie davon Arbeitslosigkeit befürchten.

Dieser Streit beweist aufs neue, daß sich ein profitgieriges Unternehmertum keinen Pfifferling um das Wohl des Landes und seiner Wirtschaft, schon gar nicht um die Lebensmöglichkeit der Arbeiter schert. Durch die Hartnäckigkeit der Grubenherrn ist fast die ganze Hüttenindustrie zum Stillstand gekommen. Vor ein paar Tagen sahen sich die Spinnereien in Lancashire zu dem Beschlusse gezwungen, künftig nur noch eine Woche in dreien zu arbeiten, weil der hohe Preis der Einfuhrkohle das Geschäft nicht rentabel machte. Mit dem Beginn der kalten Jahreszeit wissen Millionen nicht, wie sie sich Heizstoff beschaffen sollen. Und draußen in den Bergarbeiterorten fordert der Hunger unzählige Opfer. Was kümmert das alles die Grubenherrn? Sie haben zu leben und ihre Wohnungen zu heizen. Was kümmert das alles eine konservative Regierung? Sie hat die Wünsche des Unternehmertums, und seien sie noch so wahrhaftig, zu erfüllen, und wenn dabei die Arbeiterklasse zugrunde geht.

Sünderhin muß man selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus die Haltung der Grubenherrn wie die der Regierung höchst unklug und kurzfristig halten. Denn was ist viel gewonnen, wenn die Bergleute wieder in die Scele gezwungen werden? Die englische Kohlenindustrie wird dadurch nicht wettbewerbsfähiger und die riesigen Verluste, die durch die Hartnäckigkeit der Grubenherrn der britischen Wirtschaft zugefügt worden sind, sind sobald nicht wieder auszugleichen. Und schließlich ist Landau, Landau eine Mißstimmung, ein Haß gegen Regierung und Unternehmertum erzeugt worden, der sich bei den nächsten Wahlen geltend machen und dem kapitalistischen Zustand kaum zum Vorteil gereichen dürfte.

## Verbandstag des Rumänischen Metallarbeiter-Verbandes

Die internationalen Beziehungen der Arbeiter auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet werden nicht nur angeknüpft und aufrecht erhalten durch den Austausch von Zeitungen und Briefen. Es hat sich erfreulicherweise auch ein reger persönlicher Verkehr der Arbeiter und ihrer Vertreter von Land zu Land entwickelt, der für die internationale Arbeiterverbändigung von größter Bedeutung ist. Die Teilnahme der Vertreter ausländischer Bruderorganisationen an den Tagungen der verschiedenen Gewerkschaften in Deutschland und die Entsendung deutscher Vertreter nach dem Auslande hat besonders in der Nachkriegszeit wesentlich zur Förderung unserer Bestrebungen beigetragen.

Die Entsendung von Vertretern zu solchen Tagungen dient aber auch gleichzeitig der Stärkung und Festigung der Organisationsarbeit, besonders in solchen Ländern, wo die Arbeiterbewegung noch schwach ist und demzufolge der moralischen Mithilfe der stärkeren Bruderorganisationen des Auslandes bedarf. Dieser Gedanke bestimmte auch den Vorstand unseres Verbandes, einen Vertreter zum Verbandstag des Rumänischen Metallarbeiter-Verbandes zu entsenden, der vom 12. bis 14. September ds. J. in Cluj (Claujenburg) stattfand. Der Verbandstag sollte zuerst in Medzika abgehalten werden. Mein ein sechswochenlanger Streik im dortigen Eisenwerk, dem größten Werk Rumaniens, an dem annähernd 7000 Arbeiter beteiligt waren und der materiell mit einem Teilerfolg der Arbeiterschaft endete, moralisch aber noch größere Auswirkungen aufwies, gab der örtlichen Wehörde Veranlassung, die Tagung zu verbieten. Die Verbandsleitung unternahm sofort bei der Regierung in Bukarest Verträge, eine andere Entscheidung herbeizuführen. Alle Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Das Unternehmertum in Verbindung mit den Behörden war der Meinung, daß die Tagung kurz nach Beendigung dieses Streiks eine Kundgebung darstelle und aufrege wirken würde. Der Verbandstag mußte deswegen nach Cluj, einer Stadt von annähernd 115 000 Einwohnern, verlegt werden.

Der Rumänische Metallarbeiter-Verband hat in 37 Ortsgruppen ungefähr 10 000 Mitglieder. Bezeichnend ist, daß in Bukarest, trotz verhältnismäßig starker Industrie, die Organisation längst nicht den Mitgliederstand aufweist, den sie eigentlich haben müßte. Auf dem Verbandstag waren 58 Vertreter anwesend. Von den ausländischen Bruderorganisationen waren erschienen: Schön (Österreich), Beigel vom Internationalen Metallarbeiter-Verband für die Tschechoslowakei, Sig Komotau, D u n b e r vom Tschechischen Metallarbeiter-Verband, Krupp vom Ungarischen Eisen- und Metallarbeiter-Verband und der Kollege W u f e von unserer Organisation. Für die Metallarbeiter-Internationale an Stelle des Kollegen Sig der Kollege D o m e s (Wien). Die Tagung fand unter besonders liebevoller Teilnahme der politischen Polizei, die regelmäßig drei Vertreter zur Aufnahme der Verhandlungen entsandte, und eines uniformierten Polizeioffiziers statt. Daß sich die ausländischen Vertreter ebenfalls weitgehend politischer Aufmerksamkeit zu erfreuen hatten, braucht unter solchen Umständen kaum erwähnt zu werden. Die Verhandlungen waren infolgedessen schwierig, als die Ausführungen der Redner, besonders der ausländischen, zum Teil in drei Sprachen überetzt werden mußten.

Aus dem Tätigkeitsbericht der Sekretäre war zu entnehmen, daß eine nachhaltige Aufklärungsarbeit geleistet wurde. Leider stößt dieselbe auf Schwierigkeiten, wie sie zum Beispiel in Deutschland und überhaupt in den westlichen Staaten nirgendwo mehr zu finden sind. Der kulturelle Tiefstand des rumänischen Proletariats und der beherrschende Druck erschweren den Aufstieg und die planmäßige Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften.

Es besteht ein Gesetz über die Regelung der Kollektiven Arbeitskonflikte vom 20. September 1920, in dem festgelegt ist, was als kollektiver Arbeitskonflikt (also gemeinsames Vorgehen der Arbeiter bezw. Unternehmer) anzusehen ist, welche Betriebe überhaupt nicht stillgelegt werden dürfen, welche Strafen in diesem Fall verhängt werden können und in welcher Form die Beilegung von Streitigkeiten zu erfolgen hat.

Daß dieses Gesetz in der Regel gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zur Anwendung gelangt, braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden. Nach Artikel 16 dieses Gesetzes ist es der Arbeiterschaft in vielen Betrieben ganz unmöglich, Kämpfe um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu führen. Die Behörden können jede Lohnbewegung in solchen Betrieben auf Grund dieser Bestimmungen des genannten Gesetzes verbieten.

Ein wichtiger Beschluß wurde in der Beitragsfrage gefaßt, indem mit nahezu Dreiviertelmehrheit aller vertretenen Mitglieder der bisherige Beitrag von 10 Lei auf 20 Lei (= 40 S.) erhöht wurde. Bei den dortigen Löhnen bedeutet eine solche Erhöhung einen ganz gewaltigen Sprung.

In seiner im Auftrage der ausländischen Vertreter gehaltenen Schlußrede besprach der Vertreter des DWA die Arbeiter des Kongresses und beglückwünschte ihn zu dem Beschluß in der Beitragsfrage, da die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch an der rumänischen Arbeiterschaft nicht vorübergehen würden. Die Entwicklung der Industrie und die Stellung des Unternehmertums und der Behörden dränge darauf hin, daß die wirtschaftlichen Kämpfe sich mehr und mehr hartnäckiger werden. Da sei es gut, daß der Verbandstag diesen Beschluß gefaßt habe. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner die in die Augen springenden Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen den Besitzenden und dem Proletariat, im besonderen geistete er aber das Verhalten der Behörden. Er wies darauf hin, daß in Deutschland und anderen Staaten, mit Ausnahme von Ungarn, die Behörden an den Tagungen der Arbeiterschaft teilnehmen, um sich über die Forderungen der Organisationen zu unterrichten, nicht aber um sie in ihrer Tätigkeit zu überwachen und heimlichen Polizeispielen zu unterwerfen. Mit Dankesworten für die Einladung und die Gastfreundschaft schloß der Redner seine sehr bejählig aufgenommenen Ausführungen.

## Aus Sowjetrußland

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Trud“ hat der Leiter der Hauptverwaltung für Sozialversicherung der RSFSR, Romanow, folgendes erklärt: „Die Lage der Sozialversicherung ist zurzeit eine solche, daß von irgendwelchen Aufgaben für Zwecke des Wohnungsbaus keine Rede sein kann. Die vorläufigen Kontrollziffern der Budgets der Sozialversicherungsorgane im laufenden Jahre zeigen davon, daß die Sozialversicherungsorgane kaum mit ihren unmittelbaren Aufgaben fertig werden; jedenfalls wird das Budget mit einem erheblichen Defizit abgeschlossen werden. Beteiligt ist die Finanzlage zahlreicher Versicherungsstellen völlig hoffnungslos. Fast täglich kommen aus der Provinz Vertreter der Versicherungsstellen zur Hauptverwaltung für Sozialversicherung mit Bitten um Unterstützung über die katastrophale Lage der Kassen und mit dem Ersuchen um Dotationen und Unterstüzungen. Die Hauptverwaltung für Sozialversicherung ist nicht in der Lage, diese Bitten zu erfüllen. Zur Kennzeichnung der finanziellen Lage der Versicherungsorgane genügen folgende Angaben: bei Realisierung aller Werte der sämtlichen Sozialversicherungsorgane in der ganzen Sowjetunion würden die Mittel nur für etwa 20 Tage normaler Rassenfähigkeit ausreichen. In den Kassen reichen die Vorräte durchschnittlich nur für fünfzig bis sechszig Tage der ganzen Sowjetunion.“ (Trud vom 17. August 1926.)

Wie sich die Zeiten ändern. Alles neue wird in der Regel bekämpft. Und wenn es sich trotzdem durchsetzt, lächelt man über all die Gründe, die man früher aufzählen konnte. Was alles gegen die Eisenbahn bei ihrem Entstehen gesagt wurde, ist bekannt. Vor kurzem erinnerte die Wiener Arbeiterzeitung daran, was im Jahre 1819 die Kölner Zeitung gegen die „unfittliche“ Gasbeleuchtung der Straßen geschrieben hat. Man war Gegner der Neuerung:

1. Aus theologischen Gründen: weil sie als Eingriff in die Ordnung Gottes erscheint. Nach dieser ist die Nacht zur Finsternis eingeteilt, die nur zu gewissen Zeiten vom Mondlicht unterbrochen wird. Dagegen dürfen wir uns nicht auflehnen, den Weltplan nicht hofmeistern, die Nacht nicht zum Tag verkehren wollen.
2. Aus juristischen Gründen: weil die Kosten dieser Beleuchtung durch eine indirekte Besteuerung aufgebracht werden sollen. Warum soll dieser und jener für eine Einrichtung bezahlen, die ihm gleichgültig ist, da sie ihm keinen Nutzen bringt oder ihn gar in manchen Verhältnissen stört?
3. Aus medizinischen Gründen: Die Gasaussdünstung wirkt nachteilig auf die Gesundheit schwachleibiger und zartnerviger Personen und legt auch dadurch zu vielen Krankheiten den Stoff, weil sie den Leuten das nächtliche Verweilen auf den Straßen leichter macht und ihnen Schnupfen, Husten und Erkältungen auf den Hals zieht.
4. Aus philosophisch-moralischen Gründen: Die künstliche Helle verheuchelt in den Gemütern das Grauen vor der Finsternis, das die Sünde vor mancher Sünde abhält. Die Helle macht den Trinker sicher, daß er in den Stubfen bis in die Nacht hinein schwelgt, und sie vertupelt verlebte Paare.
5. Aus polizeilichen Gründen: Sie macht die Pferde scheu und die Diebe klüß.
6. Aus volkstümlichen Gründen: Öffentliche Feste haben den Zweck, das Nationalgefühl zu wecken. Illuminationen sind hierzu vorzüglich geeignet. Dieser Eindruck wird aber geschwächt, wenn derselbe durch alltägliche Quasilluminationen abgeschwächt wird. Daher gafft sich der Landmann toller in dem Lichtglanz als der sichgepöhlte Großhändler.

## Was haben wir Gewerkschafter bei Fliegarbeit zu tun?

Die Fliegarbeit bedeutet eine Umwälzung in der Betriebswirtschaft. Sie bringt auch die Umwälzung in der Arbeiterleben. Materie und menschlich wird der Arbeiter von ihr beeinflußt und darum müssen wir uns hüten, so darauf zu reagieren, wie die Postkutscher vor hundert Jahren, die beim Aufkommen der Eisenbahn den sicheren Hungertod vor Augen sahen, oder wie die Handwerker, die die ersten mechanischen Webstühle mit dem Hammer zusammenschlugen in dem Glauben, sich dadurch dieurchbare Konkurrenz der Maschine vom Hals geschafft zu haben. Selbst in späteren Jahren ließen sich noch Buchdrucker zu Handlungen hinreißen gegen den „eisernen Kollegen“, womit die Sehmachine gemeint war. Wir können uns nicht gegen den technischen Fortschritt hemmen. Auch können wir uns nicht gegen den Fortschritt hemmen. Die Reaktionen schleudert die Schlagworte hinaus in der Hoffnung, die Arbeiter damit ins Hochorn zu jagen, und der gedankenlose Radikalismus plärcht die Schlagworte nach und übernimmt gratis deren Verbreitung unter den Massen zur Freude der Reaktion. Es dürfen technische und kulturelle Fortschritte nicht angefaßt werden. Gerade Sozialisten haben der Vervollkommnung der Technik ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. Sozialismus bedeutet, die Bedürfnisse aller Arbeitenden befriedigen, und um das zu können, muß mit der kleinsten Kraftanstrengung die größte Leistung erzielt werden. Wir haben den technischen Fortschritt nicht zu hemmen. Die Fliegarbeit macht zweifellos Arbeiter entbehrlich. Durch

den Wegfall der Transporte werden eine ganze Reihe Handlanger in den Betrieben überflüssig. Auch Angestelltenpersonal wird frei. Die vielen Zettelschreiber und Verreiber haben keine Betätigung mehr, die Fabrikationslager verschwinden im Betrieb und mit ihnen die Magazineinnehmer und Ausgeber, desgleichen eine Anzahl Auspuffer und Meister, denn das Band zwingt den Arbeiter in den Arbeitsgang. Der gelernte Arbeiter wird von der Fliegarbeit weniger in Mitleidenschaft gezogen. Ihm bleibt es gleich, ob er sein Arbeitsstück in die Kiste oder auf das Gleitband legt, seine Arbeitsoperation wird von dieser Umwälzung fast nicht berührt. Größeren Umsturz gibt es in den Montagen, sie werden auf das Band verlegt und in Einzelgriffe zerlegt, dadurch wird eine schärfere Erfassung der Arbeitsleistung erreicht und die bessere Stellung der rationalen Monteure und Zuspäher, denen man früher die Arbeit nicht so nachrechnen konnte, ist unrettbar dahin.

Entlassungen sind also nicht zu vermeiden und die Gewerkschaft hat die Aufgabe, sich der Opfer dieser Umstellung anzunehmen. Es kann niemand verlangen, vorrationalistische Arbeitsweisen beizubehalten, nur weil die vorerst brotlos werdenden eine Verjüngung erfahren. Den durch die technische Umstellung arbeitslos werdenden muß eine ausreichende Unterstützung zuteil werden, die so bemessen sein muß, daß sie auch den Menschen nicht vom Geruch der Kulturgüter ausschließt. Die Einrichtungen für Fliegarbeit kosten Geld, da dies zumeist fehlt und auch eine genaue Kostenberechnung verglichen mit dem erreichten Vorteile nicht immer zugunsten der Fliegarbeit spricht, wird die Einführung dieser Arbeitsweisen nur auf große Massenfabrikation beschränkt bleiben. Unvollkommene Verträge werden zweifellos überall gemacht werden, schon zu dem Zweck, mit ihrer Hilfe Akkordverträge vorzunehmen. Hier müssen

sich die Kollegen mit den Problemen der Fliegarbeit beschäftigen und solche Verträge der Unternehmer entschieden zurückweisen, denn eine Rollenbahn oder eine Geißelmaschine ist keine Fliegarbeit, die eine technische Umwälzung bedeutet.

Wo Fliegarbeit in vollem Betrieb ist, wird es Aufgabe der Kollegen sein, das Tempo des Bandes und die Griffzeiten zu prüfen. Hier muß der Einfluß der Arbeiter geltend gemacht werden. Genau wie früher bei Akkordverträgen, muß hier versucht werden, den Arbeiter als gleichberechtigten Kontrahenten einzufügen und ihn bei der Zeitfestsetzung mit bestimmen zu lassen. Es wird sich rächen, wenn die Betriebsbelegschaft kurzweilig die Betriebsänderungen ablehnt, tüchtig auf die Fliegarbeit schimpft und noch einige fulminante Protestresolutionen gegen die Entwicklung annimmt und dabei den Unternehmer ungehindert die Arbeitsbedingungen am Band festsetzen läßt. Für uns heißt es, den technischen Fortschritt gewertet und alle Kraft eingesetzt, um die Arbeitsbedingungen unter den neuen Verhältnissen zu regeln. Die Fliegarbeit macht dies schwieriger. Der Unternehmer zahlt einer Anzahl Arbeiter etwas höhere Löhne und experimentiert mit ihnen gegen die anderen Arbeiter im Betrieb. Die Unternehmer verfluchen ja immer freudestrahlend, daß sich für die Fliegarbeit genügend Arbeiter freiwillig melden, weil sie am Band mehr verdienen. Darum muß es unsere Pflicht sein, unsern Einfluß unter allen Umständen beim technischen Umstellungsvorgang geltend zu machen. Das können wir aber nur, wenn wir einen klaren Einblick in die technischen Vorgänge haben und die Kollegen und Mitarbeiter im Betrieb über den wahren Wert der Fliegarbeit und Rationalisierung aufklären, damit sie mit ruhigem, sicherem Gefühl ihre Maßnahmen ergreifen, um auch in der neuen Wirtschaft als Macht zu gelten und nicht nur als Anhängel der Maschinen.



### Umgehung der Stilllegungsverordnung

Vom Reichsarbeitsminister ist (am 22. Mai 1926) eine eigenartige Dienstanweisung über die Stilllegungsverordnung ergangen, die praktisch einer Abänderung, ja teilweisen Aufhebung der Stilllegungsverordnung gleichkommt. Der Begriff „Betriebsanlage“ erhält in dieser Dienstanweisung eine weitestgehende Einschränkung. Arbeitsplätze werden in ihr nicht zu dem Begriff Betriebsanlage gerechnet, was bedeutet, daß alle Arbeiter, soweit sie nicht an bestimmten Gegenständen von einer gewissen Stabilität oder an Maschinen beschäftigt werden, von dem Schutze der Stilllegungsverordnung ausgeschlossen sind.

Nach dieser Dienstanweisung liegt auch dann keine Stilllegung vor, wenn in einem Betriebe ein Viertel oder die Hälfte der beschäftigten Arbeiter entlassen wird, alle Maschinen aber nach wie vor nur seltener benutzt werden. Diese Bestimmung ist praktisch betrachtet eine Aufhebung der Stilllegungsverordnung, und von dieser Auffassung kann auch nicht der Nachsatz abbringen, der besagt, daß eine Stilllegung dann anzunehmen ist, wenn die Einschränkung in der Benutzung so weit geht, daß sie privatwirtschaftlich, technisch oder organisatorisch nicht zu vertreten ist. Dieser Nachsatz ist nur eine Beschränkungsformel, da jeder Unternehmer die Einschränkung privatwirtschaftlich vertreten wird. Ein weiterer Absatz der Dienstanweisung besagt: „Wird dagegen in mehreren selbständigen Betriebsteilen je eine unter der Schutzhülle liegende Anzahl von Arbeitern entlassen, so findet die Verordnung — ohne Rücksicht auf die Gesamtzahl der aus dem ganzen Betrieb zur Entlassung kommenden Arbeiter — keine Anwendung.“ Der Unternehmer braucht demnach nur seinen Gesamtbetrieb in viele selbständige Betriebsteile einzuteilen — welchem Unternehmer wäre das wohl nicht möglich —, sofort ist die Stilllegungsverordnung für ihn praktisch erledigt. Vieles andere könnte man noch herausgreifen, sicher wird aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür sorgen, daß diese Dienstanweisung des Reichsarbeitsministers dahin beschränkt wird, wo sie hingehört, damit die geringen Schutzbestimmungen gegen Entlassung durch eine detaillierte Dienstanweisung nicht gänzlich beseitigt werden.

Daß die Stilllegungsverordnung aber auch ohne diese neue Dienstanweisung von keinem Unternehmer mehr zu fürchten ist, ergibt sich aus folgendem:

Nach § 78 des Betriebsrätegesetzes Abs. 2 hat der Arbeiterrat die Aufgabe, die Verlängerung oder Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit mit dem Unternehmer zu vereinbaren.

Da nun aber durch Landgerichtsurteil entschieden ist, daß der Arbeiterrat mit dem Arbeitgeber nur die Arbeitszeit zu vereinbaren hat, welche über die tariflich festgesetzte Arbeitszeit hinausgeht, bei einer Verkürzung der Arbeitszeit aber, da auch im Tarifvertrag darüber nichts vorgesehen ist, doch Arbeitgeber das alleinige Bestimmungsrecht zusteht, braucht durch dieses Urteil der Unternehmer die Stilllegungsverordnung sowie das Betriebsrätegesetz gar nicht mehr zu beachten. Es käme nun noch die Arbeitsordnung in Frage, aber auch da weiß sich der Arbeitgeber zu helfen, wie aus der folgenden Darstellung zu ersehen ist.

Der Arbeitgeber eines Großbetriebes läßt eine Arbeiterratsstiftung einrichten. Tagesordnung: 1. Herabsetzung der Arbeitszeit von vier auf einen Tag pro Woche, 2. Änderung der Arbeitsordnung. Das Ergebnis der Sitzung ist, daß der Arbeiterrat keinem der beiden Punkte zustimmt. Der Unternehmer kündigt daraufhin der gesamten Belegschaft das Arbeitsverhältnis. Er will aber jeden einzelnen Arbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist sofort wieder in seinen Betrieb unter den alten Arbeitsbedingungen einstellen mit Ausnahme der Arbeitszeit, die von diesem Tage an nur einen Tag pro Woche betragen soll.

Was bedeutet diese Maßnahme für jeden einzelnen Arbeiter? Arbeitsverdienst und Kurzarbeiterunterstützung, die dann der Bestehende erhält, sind bei der Belegschaft niedriger als die Unterstützung, die jeder einzelne Arbeiter als Vollerwerbslofer erhalten würde. Sind nun schon die Höhe der Vollerwerbslofer so niedrig, daß sie zum Leben zu hoch, zum Leben aber entsetzlich nicht ausreichen, so kann doch jedem Arbeiter, wenn er nur einen Tag in der Woche arbeiten soll, zugemutet werden, zu arbeiten und dafür kommt er mit seiner Kurzarbeiterunterstützung oder noch bedeutend höher zu stehen als ein Vollerwerbslofer! Dieses Umfäng hat ja auch der Reichsarbeitsminister selbst anerkannt, indem er darauf hingewiesen hat, daß, wenn ein Arbeiter aus diesem Grunde freiwillig arbeitslos geworden ist, die Arbeitslosenunterstützung ihm deshalb nicht verweigert werden kann.

Was erreicht nun der Unternehmer mit seiner Maßnahme? Er weiß von vornherein, die Belegschaft kann sich ja seinem Diktate gar nicht fügen. Sie kann diese neuen Arbeitsbedingungen von nur einem Tag pro Woche Arbeit ja gar nicht annehmen, wenn sie nicht direkt demontieren will. Auf Grund der Tatsache, daß ein Kurzarbeiter nach dem heutigen Kurzarbeitergesetz noch einmal so viel zu erhalten braucht wie ein Vollerwerbslofer. Aus diesem Grunde weiß der Unternehmer also, die Belegschaft ist gezwungen, sich zu dem großen Heer der Vollerwerbslosen zu schlagen. Der Selbsthaltungstrieb zwingt sie dazu, Stilllegungsverordnung, Betriebsrätegesetz, alles braucht der Unternehmer nicht mehr zu fürchten, denn mit diesen Maßnahmen der Kündigung des Arbeitsverhältnisses, nur um die Arbeitsbedingungen zu ändern, verfährt der Unternehmer nicht gegen die Stilllegungsverordnung, da er, juristisch betrachtet, seinen Betrieb nicht stilllegt, da er ja keinen einzigen Mann der Belegschaft entlassen will, sondern ihnen allen nur das alte Arbeitsverhältnis aufzwingt, sie aber sofort zu neuen Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigen will.

Das Betriebsrätegesetz braucht dieser Unternehmer dann ebenfalls nicht zu fürchten, da ja jeder einzelne Arbeiter unter diesen Verhältnissen freiwillig den Betrieb verläßt. Das Endergebnis ist: Da nach dem Landgerichtsurteil dem Unternehmer über die Herabsetzung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit das alleinige Bestimmungsrecht zusteht, ist beim Zusammenstoß des Gesetzes über die Kurzarbeiterunterstützung die kaiserliche Mehrheit aber alle Bestimmungen der SPD in jeder Form abgelehnt hat, ist es gelungen, das Betriebsrätegesetz, das immer noch einen ganz geringen Schutz dem einzelnen Arbeiter bei Entlassungen gewährt, sowie die Stilllegungsverordnung gänzlich wertlos zu machen. Auch hier wird die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in der nächsten Reichstagsperiode versuchen müssen, diese neue Taktik der Unternehmer zu unterbinden.

### Über die Wirtschaftsschule des DMB

(Schied Richter S. Richter im „Arbeiter“ unter anderem: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband macht einen ganz wesentlichen Schritt, seine Betriebsräte und Jugendräte und damit seine gesamten Verbandstätigkeiten für wirtschaftliches, arbeitsrechtliches und betriebsrechtliches Denken zu fördern. Der Verband bezieht darin, die Schüler in einem Institut der Arbeiter lang zu einem langwierigen Denken und Arbeitsverstand zusammenzuführen. Die Art der Schulung, die ihnen dabei zu leisten ist, ist für den Lehrgang sehr wichtig zu sein. Bei der Zusammenführung des Lehrganges wird immer häufiger festgestellt, daß der Schüler immer mehr eine gewisse Selbstständigkeit erlangt, die er in der Schule nicht erlangen konnte. Das Leben im Volkstum ist nun nicht jedermanns Sache. Der Schüler wird von dem Leben im Volkstum abgelenkt, er wird sich nicht mehr um das Leben im Volkstum kümmern, er wird sich nur um das Leben im Volkstum kümmern. Das Leben im Volkstum ist nun nicht jedermanns Sache. Der Schüler wird von dem Leben im Volkstum abgelenkt, er wird sich nicht mehr um das Leben im Volkstum kümmern, er wird sich nur um das Leben im Volkstum kümmern.

Das Leben im Volkstum ist nun nicht jedermanns Sache. Der Schüler wird von dem Leben im Volkstum abgelenkt, er wird sich nicht mehr um das Leben im Volkstum kümmern, er wird sich nur um das Leben im Volkstum kümmern. Das Leben im Volkstum ist nun nicht jedermanns Sache. Der Schüler wird von dem Leben im Volkstum abgelenkt, er wird sich nicht mehr um das Leben im Volkstum kümmern, er wird sich nur um das Leben im Volkstum kümmern.

Diese Verhandlungen haben den Zweck, die Fähigkeiten zum We- und Beurteilen, sowie zum Aufheben von Urteilen zu entwickeln.

Die Schüler haben abends um 10 Uhr im Heim zu sein und sind auch an eine bestimmte Schlafzeit gebunden. Die ganze Ordnungsorganisation wird von keinem der Schüler als lästige Fessel empfunden, da er seine individuelle Wünsche im Geiste der Gemeinschaft gebunden sieht und von der Notwendigkeit dieser Voraussetzung geistiger Konzentration überzeugt ist. Diesem Wohn- und Ordnungsrhythmus ist der Lehrplan angepaßt. Der Schüler hat es nicht nötig, alle Stunden seiner Denklapparat umzustellen. Er braucht nicht, wie der Schüler der Akademie der Arbeit, von 8 bis 9 Uhr Betriebswirtschaftslehre, von 9 bis 10 Fundamente des Rechts, 10 bis 11 Psychologie des Industriearbeiters, 11 bis 12 Schlichtungsregeln, 3 bis 4 Sozialversicherung, 4 bis 5 Wirtschaftsgeographie und 5 bis 7 Uhr Arbeitsrecht zu hören. Diese vielfältige Belastung des Geistes ist auf der Wirtschaftsschule ausgeschaltet, weil diese Schule ihre Betätigung auf die drei Hauptgebiete Arbeitsrecht, Wirtschafts- und Betriebslehre beschränkt.

Glücklicherweise sagt irgendwo: „Wer zum Kern will, muß die Zuspitzen.“ Sind es auch wertige Kerne, die in einer so kurzen Zeit gefunden werden können, so steht doch fest, daß der Baum der Wirtschaftsschule die Reife der Nüsse beschleunigt und die Sucher und Finder nach Kernen verbleiben wird. Und wenn jemand im hohen Sinne die Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Nupkriener bezeichnen will, dann lasse er sich gefast sein, daß dieser pausbäckige Kerl recht gesunde Zähne hat, die dem Gegner noch schwere Wunden schlagen werden.

### Die Handwerksorganisationen zur Urlaubsforderung

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hatte vor einiger Zeit, wie wir der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ entnehmen, an sämtliche Mitgliederverbände die Frage gestellt, ob grundsätzliche Bedenken gegen die Urlaubsgewährung für Handwerkslehrlinge bestehen, und wie diese Urlaubsgewährung zu regeln sei. 61 Kammern und 29 Fachverbände (Zünfte) äußerten sich dazu, 26 Kammern und 9 Fachverbände sehen keine grundsätzlichen Bedenken. Gegen eine schematische Regelung erklärten sich 49 Kammern und 23 Fachverbände, grundsätzlich ablehnend sprachen sich 6 Kammern und 6 Fachverbände aus. Allein die Erfurter Handwerkskammer hat eine praktische Regelung verfaßt; eine Vollerwerbsloferbestimmung, in den 4 Lehrjahren 3, 4, 5 und 6 Tage im Jahr zu gewähren. Einmütigkeit besteht bei allen Befragten darüber, daß eine gesetzliche Regelung nicht Platz greifen darf. Man befürchtet, daß dadurch eventuell die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf tarifliche Regelung des Lehrlingswehens gefördert werden könnten.

Diese Stellungnahme des Handwerks beweist aufs neue, daß nur eine gesetzliche Regelung der Jugend zu ihrem Recht auf Ferien verhelfen kann, denn die überwiegende Mehrheit will ja nicht einmal Regelungen durch ihre eigene Organisation. Dem Reistern die Urlaubsgewährung selbst überlassen, heißt aber in mindestens 90 vH der Fälle, daß von Urlaub überhaupt keine Rede sein kann.

Die Angst der Handwerksmeister vor der gewerkschaftlichen und tariflichen Regelung des Lehrlingswehens kann überwunden werden, wenn die Jugend und die Lehrlinge sich ihrem Verband anschließen. Ist die Jugend im Verband und nimmt sie selbst Anteil an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, dann wird dem Handwerker nichts anderes übrig bleiben, als sich den gegebenen Tatsachen zu fügen. Dann wird die tarifliche Regelung des Lehrlingswehens Wahrheit.

### Subiläum der Ortsverwaltung in Aue

Aus Anlaß des 35jährigen Bestehens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt die Ortsverwaltung Aue am 18. September eine Gedenkfeier ab verbunden mit der Erhebung von 44 Verbandspublikum mit 25 bis 35jähriger Mitgliedszugehörigkeit. Der Arbeitergehaltbereich hat in dankenswerter Weise zur Verbesserung der Feier beigetragen. Die Freude hielt der Kollege Kraus. Er schilderte die Entwicklung unserer Ortsverwaltung in Aue. Er sagte ungefähr folgendes: Vor 1900 war noch eine erhebliche Anzahl Mitglieder des örtlichen Arbeitervereins im Erzgebirge anzutreffen, dies änderte sich, als unsere fünf im Erzgebirge vertretenen Ortsverwaltungstellen zusammengelegt und ein besetzter Angestellter eingesetzt wurde. Vom 1. Januar 1904 an besteht die vereinigte Ortsverwaltung von Aue und Umgegend. Mit 793 Mitgliedern hat sie ihre Tätigkeit begonnen. Bereits 1912 konnte die jährliche Mitgliederzahl von 3505 als Ergebnis unermüdlicher Arbeit gebucht werden. Was der Metallarbeiter-Verband im Erzgebirge geworden ist, das vermag er der Aue, der Einmütigkeit, der Geschlossenheit, dem Zusammenwirken und dem Vertrauen der Mitglieder in die Organisation. Das waren die starken Wurzeln seiner Kraft. Hat er doch den Krieg, die Inflation und die darauffolgenden Erschütterungen gut überstanden. Das konnte nur geschehen, weil ein erheblicher Teil der Metallarbeiter in Aue, darunter die Jubilare, in Aue zum Verbandsstande gehören. Der Verband schloß mit einer Rahmung an die Jugend, sie möge sich ein Beispiel an der Aue der Jubilare nehmen und die 25. Wiederkehr des Gründungstages des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einem Gedenktag für sich dadurch machen, daß sie in den Deutschen Metallarbeiter-Verband eintritt.

Neue Pläne der Schwerindustrie. Die Umgestaltung der Schwerindustrie hat bekanntlich zur Bildung von Riesenunternehmungen geführt. Die Vereinigten Stahlwerke A.G. und die Farbenindustrie werden dafür das beste Beispiel. Doch scheint mit der Bildung solcher Großunternehmungen erst der ärgere Teil der wüsten Neugestaltung der Produktionsverhältnisse geflossen zu sein. Jetzt wird ein Plan bekannt, wonach der gesamte Kolonialbetrieb und die Gewinnung der Nebenprodukte des chemisch-technischen Industriegebietes in einer einzigen Großunternehmung zusammengefaßt werden soll. Dieser erachtete jede größere Fehe ihre eigenen Kolonien und Nebenproduktanlagen. Kummert soll dieser gesamte Prozess national von einem Unternehmen betrieben werden. Die Gründung geht vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier aus. Neben der Gewinnung von Koks soll die Kokschemerelung, die Gewinnung von Öl aus Stehle, von dem neuen Unternehmen betrieben werden. Ferner soll die Ferngasversorgung im großen Rahmen von dem neuen Unternehmen übernommen werden. Bekanntlich haben Pläne, die im Ruhrgebiet gewonnenen Gase über weite Gebiete, ja bis nach Süddeutschland hinüber zu leiten. Dadurch würde die Gasversorgung West- und Süddeutschlands in ganz neue Bahnen gelenkt werden.

Seine Überhaben! Es wurde bereits an dieser Stelle auf die kasselt jüdische Bildung der Lehrlinge von nicht gerechtfertigten Überhaben hingewiesen. In manchen Substanzien liegt die Gefahr nahe, daß das mit offenkundigen großen Geldes gebundene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung durch die Leistung von Überhaben zunichte gemacht wird. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte in erster Linie dazu dienen sein, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Sie wird aber nicht vermindert, wenn Überhaben in erheblichem Maße geleistet werden. Dies ist nicht an das Reichsarbeitsministerium eingeschrieben zu haben. Denn im Fest 36 des Reichsarbeitsrats wird ein Erlaß an die Sozialministerien der Länder veröffentlicht, der folgendenmaßen lautet:

Der Reichsarbeitsminister. Das Zusammenwirken bei dem mit den Ländern von der Reichsregierung aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramm würde seinen Zweck, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, verfehlen, wenn die im Zusammenhang mit dem Programm sich ergebende vermehrte Arbeitsbeschäftigung durch eine über das nötige Maß hinausgehende Beschäftigung der vorhandenen Belegschaften aufgefressen werden würde. Sie bitte daher, dafür zu sorgen, daß eine ungeheure Zunahme der Überhaben vermieden wird. Zu Verbringung: Dr. Gehl.

Verbandsmitglieder! Schließt an Versammlungen ab bei der Volksfürsorge. Schließt an Versammlungen ab bei der Volksfürsorge. Schließt an Versammlungen ab bei der Volksfürsorge.

### Friedrich Reinarth

Unerwartend schnell ist Friedrich Reinarth aus dem Leben geschieden. Durch eine unsehbare Verletzung zog er sich eine Blutvergiftung zu, und als ihm ein Unterarm abgenommen werden mußte war es bereits zu spät. Der 56jährige Kollege Reinarth überlebte die Operation nicht. Der Verstorbenen wurde 1867 in Göttingen (Württemberg) als Sohn eines Kleinbauern geboren. Die heimatische Scholle ernährte den Sohn nicht mehr und so kam der junge Reinarth nach Wendigung der Schulzeit zu einem Gürtler in die Lehre. Nachdem die Lehre beendet, mußte er auf die Waise. Schwere Zeiten waren es und Arbeit nirgends zu finden. Sein Weg führte ihn durch Deutschland, Österreich und die Schweiz. Nach Jahren landete er wieder in Stuttgart. Das harte Leben hatte inzwischen aus dem stillen Landbewohner einen Klassenbewußten Proletarier gemacht. Es wiederholte sich das, was wir so oft bei unseren besten Führern der Bewegung beobachtet die aus der Stille und dem Frieden des Landes in das Chaos und Jagen der Industrie gestoben werden, daß sie den Zwang und die Last des Industriearbeiterlebens doppelt schwer empfinden und darum auch bald in den vorbereiteten Reihen der kämpfenden Arbeiterpartei stehen. Reinarth stellte seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung. Er war ein unermüdlich harter Arbeiter und nicht nach Dank und Lohn gefragt. Auf allen Gebieten stand er seinen Mann. Bald wurde er unbesoldetes Vorstandsmitglied unseres Verbandes. Mit gleichem Eifer war er in der Sozialdemokratischen Partei tätig. Seine vollen Verdienste erwarb er sich aber auf dem Gebiet des Krankenkassenwesens. 1907 fand er eine Anstellung im Hauptbüro unseres Verbandes und hat bis zu seinem Tode in vorbildlicher Weise unserer Bewegung gedient. Sein Wirken und sein persönliches Wesen hat ihm die große Beliebtheit in Kollegen- und Arbeiterkreisen eingebracht. Wir haben einen prächtigen Kollegen und einen fleißigen, opferbereiten Mitarbeiter verloren, dessen Gedenken in den Kreisen des Metallarbeiters fortleben wird.

### Schriftenschau

Der Bauarbeiterschutzes. Richtlinien zu seiner Durchführung für die baugewerblichen Arbeiter. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin S. 14. 1926. 6. Verlagsgesellschaft des ADGB. 104 Seiten. Preis broschiert 1,20 M., in Ganzleinen gebunden 2 M. Für Organisationsmitglieder broschiert 0,95 M., gebunden 1,50 M. Der Zweck des Buches ist, die Bauarbeiter zu einer härteren Mitarbeit bei der Bekämpfung der vielseitigen Gefahren ihres Gewerbes anzuregen. Einführung in die Sozialpolitik. Von Dr. Bruno Rauert. Berlin 1926. Zentralverlag G. m. b. H. 123 S. Preis 2,50 M. In dieser Schrift unternimmt es der bekannte sozialpolitische Schriftsteller, ohne jede partielle Stellungnahme in das Wesen und die Geschichte der Sozialpolitik einzuführen, Begriff, Erscheinungsformen und Motive der Sozialpolitik in ihrer grundsätzlichen wie in ihrer geschichtlichen Bedeutung gemeinverständlich darzustellen.

Verst aus der Geschichte! Es ist ein bedauerlicher Mangel in der Arbeiterbewegung, daß zahlreiche Genossen ihre eigene Geschichte nicht genügend kennen und deshalb oft nicht in der Lage sind, den Grad des Erfolges an geschichtlichen Entwicklungsgang zu messen. Um diese Lücke auszufüllen, bringt die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene „Bücherwarte“ in jeder Nummer einen umfassen Artikel, in dem die Geschichte der einzelnen Gebiete der Arbeiterbewegung behandelt wird. Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 S. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Die Gemeinde, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, muß von allen sozialistischen Gemeindevertretern gelesen werden. Sie bringt stets reiches Material über alle Zweige der Gemeindearbeit und ist ein unentbehrlicher Ratgeber für alle, die in der Gemeindearbeit tätig sind. Die Gemeinde kostet monatlich 90 S und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen, Postanstalten und direkt vom Verlag F. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68.

„Lachen links“, republikanisches Witzblatt, erscheint jede Woche. Preis pro Nummer 25 S. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag F. H. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68. Man verlange „Lachen links“ an allen Zeitungskiosken.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart  
Telephon-Nummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 639 90

Mit Sonntag dem 10. Okt. ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Oktober 1926 fällig.

### Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein naturliches Recht auf Empfang von Lokalfestgaben besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalfestgaben durch die Ortsverwaltung ist frei willig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: Lokalfestgabe wird nicht bezahlt, ist das Auffuchen des Rastlers, weil zwecklos, zu unterlassen.

### Aufforderung zur Rechtfertigung

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

### Auf Antrag der Ortsverwaltung Gindenburg:

Der Metallarbeiter Anton Zupof, geb. am 23. August 1882 zu Plawonowitz, Mitgliedsbuch Nr. 5358715, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken; der Arbeiter Walter Thomas, geb. am 13. Dezember 1901 zu Puchstau, Mitgliedsbuch Nr. 5390475, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

### Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 2642705, lautend auf den Former Gustav Schmidt, geb. am 15. März 1879 zu Glogau. (Danzig.)  
Mitgliedsbuch Nr. 3034016, lautend auf den Mechaniker Willi Rehm, geb. am 10. September 1898 zu Göttingen. (Göttingen.)  
Mitgliedsbuch Nr. 5746905, lautend auf den Metallarbeiter Karl Kreher, geb. am 6. Januar 1909 zu Ellershausen. (Göttingen.)  
Mitgliedsbuch Nr. 6069416, lautend auf den Metallarbeiter Gottfried Sinne, geb. am 29. Okt. 1895 zu Göttingen. (Göttingen.)  
Stuttgart, Rötestraße 16. Der Verbandsvorstand.

### Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten:

von Diamantarbeitern nach Hanau (Firma Retschan u. Kraus) D.; von Elektromonteurern nach dem Unter-Eißack St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Reuß (Schiffwerft Düsselhof-Reuß, G. m. b. H.) D.; nach Ratibor Z.; nach Reichhalla in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Coswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambos) D.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; R. = Rahmung; W. = Witzblätter; A. = Aussperrung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Dual und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Rötestraße 16